

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 73 (2023)
Heft: 2

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Autor: Sarti, Laury / Schär, Markus / Speich, Heinrich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Philipp Zimmermann, *Armut und Bischofsherrschaft. Bischöfliche Fürsorge in der Merowingerzeit*, Ostfildern: Thorbecke, 2022 (Vorträge und Forschungen, Bd. 63), 266 Seiten.

Die merowingische Bischofsherrschaft war das Ergebnis der Gegebenheiten im spätantiken Gallien, ein Thema, das bereits Gegenstand mehrerer monographischer Untersuchungen war, allen voran die bereits etwas betagten, aber immer noch wertvollen Studien von Martin Heinzelmann (*Bischofsherrschaft in Gallien*, 1976) und Georg Scheibelreiter (*Der Bischof in merowingischer Zeit*, 1983). Die hier zu besprechende Arbeit ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die 2017 an der Universität Zürich angenommen wurde und sich dem genannten Thema widmet, indem nach der mittelalterlichen Wahrnehmung von Armut und den Funktionen der zu deren Linderung geleisteten bischöflichen Fürsorge gefragt wird.

Die quellenbasierte Untersuchung ist in drei Hauptkapitel gegliedert, welche sich der bischöflichen Definition von *caritas* und Armenfürsorge (S. 25–92), den religiösen Grundlagen und zeitgenössischen Rechtfertigungen für diese (S. 93–198) sowie der damit verbundenen Organisation widmen (S. 199–234). Die Studie endet mit einer englischen Zusammenfassung (S. 240–243) und einem recht knappen Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 246–260), das sich weitgehend auf einschlägige und unabdingbare Publikationen beschränkt. Die vom Verlag gewählte sehr kleine Schrift ist etwas gewöhnungsbedürftig.

Im Zentrum der Untersuchung stehen, neben den Werken des Gregor von Tours und den Gedichten des Venantius Fortunatus, das weltliche und kirchliche Recht sowie biblische und patristische Texte. Das erste Kapitel schliesst die begriffsanalytische Studie einschlägiger Terminologie ein, allen voran *caritas*, *egens* und *pauperes*, um so nach der zeitgenössischen Konzeption von Armenfürsorge zu fragen. Der Armutsbegriff wird am Beispiel der Werke des Gregor von Tours und des Fortunatus untersucht, deren Konzeption, bedingt durch deren unterschiedliche Ausrichtung und Zielsetzung, recht verschieden ausfällt. Hervorzuheben ist, dass *caritas* vor allem gemeinschaftliche Unterstützungsleistungen mit identitätsstiftender Funktion bezeichnete und sich somit, streng genommen, nicht auf die Armenfürsorge bezog. Die Gruppe der als «arm» bezeichneten Personen umfasste aber nicht nur Bettler sowie Alte und Kranke ohne Erwerbsmöglichkeit, sondern auch Personen in einer Notlage.

Das längste und zentrale zweite Kapitel bezieht eine breite Palette an Quellen ein, darunter die Patristik, das Kirchenrecht und Synodalakten, welche besonders viele einschlägige Einträge enthalten. Die vorstellungsgeschichtliche Herangehensweise ermöglicht es, Armut und Fürsorge aus Sicht der vorhandenen Quellen zu deuten und so gezielt nach der Perspektive der Quellenautoren zu fragen. Die Untersuchung zeigt auf, dass den Quellen ein einheitlicher Armutsbegriff fehlt, nicht zuletzt da die aus den einzelnen Schriften hervorgegangene Konzeption recht unterschiedlich sein konnte. Selbst die Gefangenenerbefreiungen, welche nicht zwingend mit Armenfürsorge in Verbindung zu bringen sind, konnten in diesem Rahmen als bischöfliche Aufgabe verstanden werden. Dabei habe vor allem die Bibel als potenzielle Vorlage für Handlungsabläufe gedient, wie einzelne Formulare und Einträge im Rahmen des Kirchenrechts bestätigen. So lässt sich die bischöfliche Armenversorgung als Versuch deuten, biblische Ideale in die Gegenwart zu übertragen und zu leben.

Im Vordergrund der Armenfürsorge standen aber nicht nur die Versorgung der schwächsten Glieder der Gesellschaft, sondern immer wieder auch das Ansehen der Kirche und das ihres Episkopats. Das flexible Armutsverständnis ermöglichte es, bischöfliche Zuwendungen an aktuelle Gegebenheiten oder eigene Ziele anzupassen. So ermöglichte zum Beispiel die besonders offene Armutskonzeption bei Gregor von Tours, die episkopale Armenfürsorge durch eine Ausweitung des bischöflichen Kompetenzbereichs hervorzuheben und in Krisenzeiten auch die Sicherstellung der Grundversorgung breiter Bevölkerungsteile in diesem Rahmen zu rechtfertigen. Die Almosen und andere Formen der Versorgung wurden vorwiegend von der Kirche selbst aufgebracht, was es ausserdem ermöglichte, das Gut der Kirche als Gut der Armen zu definieren und somit zumindest moralisch vor Übergriffen zu schützen.

Die Arbeit von Zimmermann ist stringent geschrieben, bietet neue Einblicke in ein bekanntes Feld und weist im Detail zuweilen auch Unerwartetes auf. Die Ergebnisse gliedern sich nahtlos in die aktuelle Forschung zum Thema ein.

Laury Sarti, Heidelberg/Freiburg i. Br.

Meinrad Suter, Die Thur und das untere Thurtal in den Kantonen Zürich und Thurgau – Die Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich: Baudirektion des Kantons Zürich, 2022, 604 Seiten, 358 Abbildungen.

Das «Land, das der Thurstrom sich windend durchfliesst», preist das Thurgauer Volk in seiner bei Festen aller Art obligaten Kantonsymne. Was das Thurgauer Lied von 1842 lobt, galt allerdings im 20. Jahrhundert nicht mehr: Der Fluss durchquerte den Kanton ohne Windungen, in einen geraden Kanal mit Blocksteinverbauungen gezwängt. Und wenn er als Wildwasser daraus ausbrach, sorgte er nicht für Heimatlyrik, sondern für Katastrophenalarm. In den kommenden dreissig Jahren soll das Projekt Thur+ für 300 Millionen Franken den Fluss wieder zum identitätsstiftenden Faktor für den Kanton machen – in einer umstrittenen Güterabwägung zwischen Renaturierung, Agrarinteressen und Katastrophenschutz.

Dieser Prozess ist im Kanton Zürich, auf den letzten fünf Kilometern vor der Mündung in den Rhein, bereits abgeschlossen. Das Projekt «Hochwasserschutz und Auenlandschaft Thurmündung» lief von 1999 bis 2017 und kostete rund 40 Millionen Franken; es gilt national als aufwendigstes und international als vorbildliches Vorhaben dieser Art. Zum Abschluss gab die Zürcher Baudirektion dem Historiker Meinrad Suter den Auftrag, die Geschichte des ganzen unteren Thurtals «von den Anfängen bis zur Gegenwart» zu schreiben – leider offenbar ohne erkenntnisleitende Fragestellung. Nach acht Jahren Arbeit liegt sie in einem schwergewichtigen, reich bebilderten Band vor.

Warum die Menschen seit jeher mit der Thur kämpfen, kann der Historiker nur erklären, indem er mit der Geologie anfängt. Bis vor fünf Millionen Jahren entstanden die Ostschweizer Höhenzüge vom Alpstein bis zum Randen und auf ihrer Nordseite eine Hochebene aus Schwemmmaterial, die sich in Richtung Donau entwässerte. Vor rund 500'000 Jahren, zwischen den älteren und den jüngeren Eiszeiten, drehte der Rhein aber nach Westen und bildete den Bodensee. Darin mündete auch die obere Thur; erst nach der letzten Eiszeit, vor etwa 15'000 Jahren, brach sie durch den Felsriegel bei Bischofszell und floss nach Westen in den Schmelzwassersee, der sich noch vor 4000 Jahren von Weinfelden bis Andelfingen erstreckte. Das heisst: Der heute 135 Kilometer lange Fluss, der im Toggenburg am Säntis entspringt, wird nirgends gebändigt; bei starken Niederschlägen im Alpstein schwillt er innert wenigen Stunden bedrohlich an.

Wie die Thur das Leben im unteren Teil ihres Tales prägte, stellt der Autor in einer weit ausholenden «histoire totale» dar. Er zeigt das Thurtal als Grenzland, das bei den Römern kaum besiedelt am Limes und zwischen den Provinzen Gallia Belgica und Raetia lag, wovon das Kastell Ad Fines (Pfyn) zeugt. Die Alemannen gründeten im 6. Jahrhundert Siedlungen in vor Überflutung sicheren Lagen, wie die Ortsnamen von Andelfingen über Erchingen (Frauenfeld) bis Wigoltingen verraten. Erst im klimatisch günstigen Hochmittelalter mit seinem Bevölkerungsdruck wagten sich Bauern in die weite Talebene und auch ins Niemandsland östlich der Thur. Und im Spätmittelalter bildete der Fluss die Grenze zwischen den Interessensphären der Städte Winterthur, Schaffhausen, Wil und Konstanz, was sich in den Massen und den Münzen zeigte und bis ins 20. Jahrhundert in den Dialekten hörbar blieb.

Von der Landwirtschaft im Mittelalter über die Konfessionskämpfe nach der Reformation bis zur Industrialisierung samt Verkehrserschliessung seit dem 19. Jahrhundert behebt der fleissige Autor so auch Defizite der Thurgauer Kantonshistoriografie – ironischerweise bezahlt von den Nachfahren der Zürcher Vögte, die in den Schlössern von Frauenfeld und Weinfelden sass. Am meisten lernen lässt sich aus dem Werk aber zum Kampf mit dem Fluss, gerade auch für das anstehende Jahrhundertprojekt.

Schon 1305 musste die österreichische Herrschaft einem Weiler im Thurtal einen Teil der Steuern erlassen «wegen der Gebrechen, die die Thur getan hat an den Äckern». Und danach ziehen sich die Berichte durch die Jahrhunderte, was das bis zu zweihundert Meter breite Wildwasser anrichtete: Es riss Höfe, Mühlen und vor allem Brücken weg, manchmal mehrfach innert weniger Jahre. Es frass sich in das Weideland, teils über Gemeindegrenzen hinweg. Und es stürzte die Menschen wegen der Überschwemmungen in Hunger und Not. Das führte zu steten Konflikten zwischen den Herrschaften und den Gemeinden, einerseits darum, wem das Land nach der Umgestaltung durch den Fluss zustand, andererseits darum, wer den nächsten Katastrophen vorbeugte. Dafür gab es nur das Wuhren, also das Verbauen mit Lebendholz wie Weiden, meist im Winter im Wasser stehend. So liess der Zürcher Obervogt 1768/69 vor Weinfelden ein 540 Meter langes, acht Meter breites und fünf Meter hohes Bollwerk bauen – wenige Monate später wurde es vom nächsten Hochwasser zerstört. Nur diese ein Jahrtausend währenden Mühen, stellt der Autor aber abschliessend fest, hätten das Thurtal zum heute begehrten Bauernland gemacht.

Noch im 19. und im 20. Jahrhundert liess sich der Fluss kaum bändigen. Zwar begann 1867 im Thurgau und 1876 in Zürich die «rationelle Korrektur»: der Versuch, das Wildwasser nicht mit Wuhren von einer Gemeinde zur nächsten zu lenken, sondern den Fluss dank Ingenieurwissen in ein begradigtes, zunehmend befestigtes Bett zu zwingen. Die Zürcher verstanden dies als Aufgabe des Staates, die Thurgauer überliessen die Arbeit weiter den Anstössern und verzichteten anfangs sogar auf Bundesgelder. Während Zürich die Thurkorrektur 1908 für abgeschlossen erklärte, zerstörte der Fluss aber im Thurgau immer wieder die aufwendigen Bauten. So machte er noch 1965 und 1978 das Thurtal zum bis zu zehn Kilometer langen See.

Erst in den letzten Jahrzehnten blieben die katastrophalen Hochwasser aus – in der Zeit also, in der die Klimahistoriker eine beschleunigte Erwärmung erkennen. Der führende Schweizer Forscher, Christian Pfister, spricht von einer «Katastrophenlücke» im warmen 20. Jahrhundert und warnt dennoch vor mehr Extremereignissen aufgrund des Temperaturanstiegs. Ist also die Thur ein Beispiel für diese «Katastrophenlücke»? Auf diese

Frage lässt sich Meinrad Suter leider nicht ein. Sein in vielerlei Hinsicht enzyklopädisches Werk böte aber reiches Material für die Klimahistoriker.

Markus Schär, Weinfelden

Carola Jäggi, Andrea Rumo, Sabine Sommerer (Hg.), **Platz da! Genese und Materialität des öffentlichen Platzes in der mittelalterlichen Stadt**, Basel 2021: Schweizerischer Burgenverein (Schweizer Beiträge zur Kulturgeschichte und Archäologie des Mittelalters, Bd. 49), 243 Seiten, 158 Farbabbildungen.

Ein Platz gehört in jede Stadt. Diese banale Aussage wird im vorliegenden Band aus verschiedenen Perspektiven hinterfragt und relativiert. Die Fragen, wieso ein Platz ein Platz ist, seine Entstehung, bauliche Ausgestaltung und seine Funktionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt des Bandes. Anhand verschiedener Beispiele aus der Schweiz und den weiteren deutschsprachigen Gegenden (ergänzt um zwei Beispiele aus Ostmitteleuropa) werden diese Themenkomplexe von arrivierten Stadtarchäologinnen und -archäologen beleuchtet. In der Summe entsteht ein differenziertes Bild typologisch unterscheidbarer städtischer Freiräume, welche aus unterschiedlichsten Gründen geplant, angelegt, vergrössert, verlegt, in den städtischen Raum integriert oder auch (wieder) überbaut werden konnten. Die Fallstudien basieren vor allem auf jüngeren Grabungen, welche die bekannten schriftlichen Quellen ergänzen und Neuinterpretationen erlauben.

Den Auftakt dieses Tagungsbandes (Zürich, 2017) machen die Herausgeberinnen mit einer terminologischen und konzeptuellen Heranführung. Es gelingt ihnen dabei, die etablierten Fachmeinungen aus alter, mittelalterlicher und frühmoderner Geschichte einerseits und den zugehörigen archäologischen und kunsthistorischen Teildisziplinen zusammenzufassen und als Ausgangspunkte der übergeordneten kulturhistorischen Fragestellung für die Fallstudien festzulegen.

Die Beiträge zu Bern (Armand Baeriswyl), Basel (Christoph Matt), Fribourg (Gilles Bourgarel), Luzern (Fabian Küng), Neuchâtel (Jacques Bujard), St. Gallen (Martin Peter Schindler), Winterthur (Renata Windler), Zug (Anette JeanRichard) und Zürich (Dölf Wild) bilden einen Überblick über Plätze und «Freiräume», quasi als Bestandesübersicht der grösseren Schweizer Städte. Die als «Skizze» vorgestellten Thesen von Armand Baeriswyl zu Bern, hier zusammengestellt unter dem programmatischen Titel «Traue keinem Platz! Thesen zur Genese städtischer Freiflächen und Plätze im Mittelalter» (S. 33–45) machen die weitgehend bekannten Phänomene exemplarisch deutlich: 1. das Nicht-/ oder Später-Bebauen, 2. die Erweiterung von Gassenräumen durch gezielte Abbrüche, 3. andere urbanistische Massnahmen und 4. Katastrophen. Aufschlussreicher, wenn auch weniger paradigmatisch, sind die Resultate zu den Neuenburger Landstädtchen Boudry, La Bonneville, Le Landeron und Valangin von Jacques Bujard (S. 74–83). Hier wird deutlich, dass die in den grösseren Städten fassbaren Gesetzmässigkeiten nicht zwingend sind, sondern je nach Topographie, wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Agenda ganz unterschiedlich sein können.

Die internationalen Beiträge behandeln Köln (Thomas Höltnen), Lübeck (Lisa Renn), Nürnberg (Antoine Bassing-Kontopidis), Stendal (Manfred Böhme), Prag, Breslau, Krakau, Gleiwitz (Jerzy Piekalski) sowie Wien (Paul Mitchell). Dabei sticht der Beitrag zu Tulln an der Donau (Ute Scholz, S. 198–209) hervor: Nebst den üblichen archäologischen und siedlungsgenetischen Quellen wurden hier Stadt- und Architektursoziologie mit präzise aufgeschlüsselter Methodik eingesetzt, um zum Beispiel die Lage

und Funktion von Zelten im innerstädtischen Marktbereich funktional einzuordnen oder auch zur Binnendifferenzierung der unbebauten Flächen. Die Resultate weisen über die Archäologie mittelalterlicher Städte hinaus und sind in den sozial- und wirtschaftshistorischen Bereichen von hohem Interesse.

Im Epilog fasst Matthias Untermann die Resultate thesenartig zusammen und betont, wie Plätze meist erst gegen Ende des Mittelalters Bedeutung erlangten. Märkte fanden oft ausserhalb der Städte oder an deren Peripherie statt. Genuin mittelalterliche Platzanlagen sind die Pflughöfe oder Hofstätten von Adel und Klöstern. Die Trias von Rathaus, Kirche und Platz ist ein späteres Phänomen. Untermann fasst die massgeblichen Prozesse der Platzgenese des späten Mittelalters noch einmal konzise zusammen: Innerstädtische Wüstungsprozesse, Brände, Leerstellen als «Wunden» im Stadtbild und die bewussten urbanistischen Eingriffe zur Raumgestaltung.

Der Band bietet einen exemplarischen Überblick der neueren Forschungen zur Archäologie städtischer Plätze im deutschsprachigen Raum. Spannend sind insbesondere diejenigen Beiträge, bei denen das Erkenntnisinteresse spürbar über die disziplinären Ränder hinausweist. Der Band darf als gelungener Auftakt zur Verbindung von Archäologie, Stadtgeschichte und Denkmalpflege im Hinblick auf die Neuere Städteforschung gelten. Eine ebenso breite und reflektierte Behandlung ist den Freiräumen der städtischen Kleinformen, den Flecken, Dörfern und Spezialfällen der Schweizer Siedlungsgeschichte ebenfalls zu wünschen.

Heinrich Speich, Winterthur

Regula Schmid, *Mit der Stadt in den Krieg. Der Reisrodel der Zürcher Constaffel, 1503–1583*, Zürich: Chronos, 2022 (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 89), 199 Seiten, durchgehend illustriert.

Der vorliegende Band ist in mehrfacher Hinsicht ein Glücksfall. Das bezieht sich zunächst auf die Auffindung der Rodel selbst: 2017 tauchte das Konvolut im Antiquariatshandel auf und konnte so einer wissenschaftlichen Edition zugänglich gemacht werden. Die Überlieferungschancen von Gebrauchsschriftgut, das einen bestimmten Moment in einem Verwaltungsprozess abbildet, sind grundsätzlich eher gering und sinken weiter, wenn es – wie im Falle der Zürcher Zünfte des 15. und 16. Jahrhunderts – keine direkte Rechtsnachfolge gibt. Der hier edierte Reisrodel ist ein solches Verwaltungsschriftstück, das im Kern aus Listen derjenigen Mitglieder der Zürcher Constaffel besteht, die an Kriegszügen teilgenommen haben. Hinzu treten Informationen zu den Personen und ihren Stellvertretern, zur Soldzahlung, zur Ausrüstung sowie gelegentliche historiographische Notizen. Damit liegt hier eine Mischung aus Soll-Listen (Aufgebot) und Ist-Listen (Kriegsteilnahme) vor, die Einblicke in die Praxis der Militärverwaltung ermöglichen.

Die Einträge decken die Zeit von 1503 bis 1583 ab; sie machen «nicht nur verschiedene Momente der Verwaltungstätigkeit, sondern auch Veränderungen im Militärwesen insgesamt» deutlich (S. 26) und belegen eindrücklich die Bedeutung der Zünfte für die städtische Militärorganisation. Die Herausgeberin hat sich angesichts diverser verschiedener Hände, Streichungen und Randnotizen nachvollziehbar für eine Faksimileedition im DIN A4 Format entschieden. Einer hochwertigen Abbildung des Originals wird jeweils die Umschrift des Textes gegenüberstellt, welche das Layout der Handschrift (Listenform, Absätze etc.) wenn möglich zeilengenau nachvollzieht. Etliche Seiten und Einträge in dieser Gebrauchshandschrift sind wegen diverser Streichungen, Ergänzungen und Markierungen recht unübersichtlich. Diesem Umstand begegnet die Edition mit zahlreichen

Kommentierungen, die sich an die Umschrift anschliessen; die Kommentare beziehen sich auf diverse Aspekte der Zürcher Stadtgeschichte, die Identifikation von Personen und vor allem die Geschichte der Kriegszüge und die Bedeutung der Einträge in der Reisrodel. Diese Kommentierungen ergänzen sich vorzüglich mit der Einleitung (S. 11–30), welche in die Quelle, die Edition und die historischen Rahmenbedingungen einführt und die Aussagekraft des Reisrodels verdeutlicht. Dessen Bedeutung für die Stadt- und Militärgeschichte liegt zunächst in der Allgegenwart des Krieges: «Für viele Generationen von Zürichern war Krieg eine dauerhafte Realität.» (S. 18).

Darüber hinaus ist der inhaltliche Reichtum des Rodels an Informationen und Details für die Bedeutung der Edition (S. 31–144) massgeblich. Hier können nur einige Beispiele angeführt werden: An verschiedenen Stellen finden sich ausführliche Ausrüstungs- und Proviantlisten, die Einblick in den Kriegsalltag gewähren (vgl. etwa S. 67 für einen Auszug 1511). Mitunter sehen wir (S. 71–75), dass Mittel auswärtiger Geldgeber, im Jahr 1511 etwa Papst Julius II., in die städtische Militärorganisation flossen. Da die Mitglieder der Constaffel, die 1512 auszogen, Sold vom Papst erhielten und das von der Constaffel erhaltene Geld zurückgaben, galt ihre Kriegsteilnahme nicht als Ausübung der Reispflicht. Die Buchführung des Rodels lässt für den Kriegszug nach Kappel im Jahr 1529 (erster Kappeler Krieg) die genaue zeitliche Abfolge des Auszugs erkennen (vgl. S. 113): Zunächst rückte am 8. Juni ein Fähnlein als Vorhut aus, dem am 9. Juni die Hauptmacht folgte. Am gleichen Tag folgte abends wiederum ein Fähnlein und in der Nacht auf den 10. Juni dann ein Freifähnlein. Über die Dauer der Einträge lässt der Reisrodel einige Regelmässigkeiten im Kriegsdienst erkennen: «Die Reispflicht wurde also von allen Mitgliedern der Constaffel erfüllt, doch war die Belastung für die Reichen vor allem finanzieller, für die Ärmern persönlicher Natur.» (S. 16) Darüber hinaus ergibt sich aus der Tatsache, dass nicht immer alle Reispflichtigen ausziehen mussten, ein gewisser Turnus in den Teilnahmen an Kriegszügen, welcher zu einer Verteilung der Lasten beitrug. Dem stehen aber solche Personen gegenüber, die – etwa als Hauptleute – regelmässig in den Krieg zogen und mit dem Kriegsdienst ihren Lebensunterhalt bestritten. Bei einigen Personen findet sich – oftmals als Nachtrag – der Zusatz «verboten» (vgl. etwa S. 87). Dies verweist auf das Nebeneinander von bewilligter, offizieller und unbewilligter, privater Kriegsführung in Zürich. Die Rodel verzeichnet nur solche Unternehmungen, die von der Obrigkeit beschlossen waren, nicht aber diejenigen, in denen Personen oder Personengruppen aus der Constaffel als private Kriegsunternehmer auftraten. Der Zusatz «verboten» bezeichnet die Männer, denen die Teilnahme an einem offiziellen Kriegszug wegen vorheriger Beteiligung an nicht-genehmigten Unternehmungen verboten war (S. 23). Hier zeigt sich neben der Verquickung privater und öffentlicher Interessen auch die Bedeutung von Kriegsteilnahme als Privileg und Verdienstmöglichkeit.

An die Edition des Reisrodels selbst schliessen sich die von einigen der Rodel beigelegten Dokumente (S. 145–193) an, wie die Liste der Ausgezogenen im grossen Pavierzug, 1512. Eine Bibliographie (S. 196–199) beschliesst diese sehr gut gemachte und äusserst lesenswerte Edition, welche eine für die Militärgeschichte der Stadt Zürich ausgesprochen wichtige Quelle hervorragend zugänglich macht.

Martin Clauss, Chemnitz

Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins (Hg.), **Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, I. Abteilung: Die Rechtsquellen des Kantons Zürich**, Neue Folge, 5 Bände, Basel: Schwabe, 2022, 2900 Seiten.

Nach elfjähriger Arbeit ist die neue Editionseinheit der Rechtsquellen von Stadt und Landschaft Zürich erschienen. Finanziert durch den Gemeinnützigen Fonds des Kantons Zürich sowie die Städte Zürich und Winterthur hat ein Team¹ rund 900 Quellenstücke aus den Beständen des Staatsarchivs des Kantons Zürich, den Stadtarchiven Zürich und Winterthur sowie weiteren Gemeindearchiven für die Edition ausgewählt, aufbereitet und in fünf thematisch und teils geographisch gegliederten Bänden publiziert. Parallel erschien die Edition auch frei zugänglich online. Damit wurde die verdienstvolle Neue Folge der Zürcher Rechtsquellen – eingegliedert in die Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen – zumindest vorläufig abgeschlossen.

Die Rechtsquelleneditionen im Raum Zürich blicken auf eine über 130-jährige Geschichte zurück. Seit dem Pilotprojekt der Rechtsquellen von Höngg, gedruckt 1897, wurden in Etappen vier weitere Bände publiziert. 2009 wurde ein vierzigjähriges Grossprojekt mit zwanzig geplanten Bänden angekündigt. Diese Initiative wurde in den letzten Jahren auf fünf Einheiten reduziert. Dennoch leisten die Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und das Staatsarchiv des Kantons Zürich mit der Publikation einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der Geschichte von Stadt und Territorialstaat Zürich im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit.

Seit 2011 sind alle älteren Bände der SSRQ als Retrodigitalisate frei online zugänglich. Ziel des vorliegenden Projektes war es, einen Schritt weiterzugehen und die Edition direkt digital aufzubereiten. Dies passt zur Strategie des Staatsarchivs Zürich, zentrale Quellenserien und ausgewählte Einzelstücke zur Geschichte des Kantons Zürich und seiner Rechtsvorgänger niederschwellig zugänglich zu machen. Die digitale Aufbereitung bedeutet, dass die ausgewählten Stücke nicht nur transkribiert und wissenschaftlich kommentiert, sondern auch nach den Grundsätzen der Text Encoding Initiative (TEI, ein internationaler Standard zur Codierung digitaler Texte und Editionen) erfasst wurden. Das Edieren historischer Quellenstücke hat sich in den letzten Jahren durch die Digitalisierung stark verändert: Kollaborative Arbeitsweisen und gemeinsame Standards wurden unausweichlich. Zusätzlich lässt sich eine digitale Edition mit weiterführenden externen Ressourcen wie dem HLS, Wörterbüchern oder Geodaten verknüpfen, was beim vorliegenden Projekt in hervorragender Weise umgesetzt wurde. Bereits 2015 hat das Editions- team 34 Quellenstücke auf einem Onlineportal publiziert, zeitgleich mit dem Launch der physischen Edition wurden nun auch die restlichen Stücke online veröffentlicht. Die Online-Edition ist über zwei verschiedene Webseiten zugänglich.² Viele der Quellen wurden mit zugehörigem Bildmaterial ausgestattet. Dies vermittelt zumindest im Ansatz einen Eindruck der Materialität und macht die Transkription nachvollziehbarer. Durch die physische Publikation wird gleichzeitig der langfristige Zugang in Archiven und Bibliotheken sichergestellt.

¹ Leitung: Christian Sieber, StAZH; Pascale Sutter als wissenschaftliche Leiterin der Rechtsquellenstiftung; Bearbeiter:innen: Bettina Fürderer, Ariane Huber Hernández, Rainer Hugener, Michael Nadig, Sandra Reisinger und Michael Schaffner.

² Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen online, I. Abteilung: Die Rechtsquellen des Kantons Zürich: <https://editio.ssrq-online.ch/ZH/> (21.03.2023); Elektronische Rechtsquellen des Kantons Zürich: <https://rechtsquellen.sources-online.org/start.html> (21.03.2023).

Die physische Edition umfasst für jeden Band ein kurzes Vorwort der Herausgebenden und Bearbeitenden, ein chronologisches Stückverzeichnis, sowie eine umfassende Einleitung mit wertvollen Hinweisen zu relevanten Quellengattungen, Begriffen, Prozessen, Konzepten, Räumen und Akteur:innen. Die Auswahlkriterien der Quellen werden gemeinsam mit der Überlieferungs- und Editions-geschichte erläutert und mit einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis ergänzt. Am Ende jeder Edition findet sich ein umfassendes Register der Personen, Familien und Organisationen sowie ein Ortsregister. Letzteres enthält nicht nur klassische geographische Ortsnamen und Herrschaftsgebiete, sondern auch Quartiere, Wegnamen und Häuserbezeichnungen. Die einzelnen Quellenstücke sind jeweils mit Titel, Datum, Regest, Kommentar und Edition aufgenommen, wobei der Kommentar eine ausführliche Einordnung in den Quellenkontext enthält, auf ähnliche Quellen und auf weiterführende Literatur verweist. Gerade dadurch ist die Edition auch für die universitäre Lehre und die Forschung von grosser Bedeutung: Der Stadtstaat Zürich entwickelte sich im ausgehenden Spätmittelalter zu einem der grössten kommunal regierten Territorien – mit den edierten Quellentexten und insbesondere den Kommentaren ist die zugehörige Geschichte nun für ein breites Publikum zugänglich.

Der Begriff der Rechtsquellen ist dynamisch und hat sich seit den ersten Editionen stark verändert. Neben Offnungen, Gerichtssatzungen, Stadt- und Landrechten werden heute auch zunehmend zentrale Verträge, wichtige Gerichtsurteile, Protokollauszüge, Schiedssprüche und Ähnliches aufgenommen, nicht nur von weltlichen, sondern teils auch von geistlichen Institutionen. Deshalb ist die Rechtsquellensammlung für wirtschafts-, sozial-, alltags-, kultur-, mentalitäts-, kriminalitäts- und sprachhistorischen Forschungen wertvoll. Die Breite an abgedeckten Thematiken und Phänomenen in der vorliegenden Edition ist enorm und reicht von Verpfändungen und Verkäufen der Herrschaften oder einzelner Rechte und Güter zu Gottesdienstordnungen und von gräflichen Einkunftslisten bis zur Anstellung eines städtischen Latrinenputzers. Zu den Besonderheiten gehören auch der Eid eines Bordellbetreibers, die Aufnahme einer Frau in das Winterthurer Bürgerrecht oder eine Selbstverpflichtung zum Verzicht auf aussereheliche Beziehungen. Ein Mandat von 1658 betreffend Unzucht junger Leute verbietet «das nächtliche gassen voglen» – also das nächtliche Umherstreifen –, während wenige Jahre später der Besitz von Zauberbüchern untersagt wurde. Es gibt Ablassbriefe und Kundschaften über Grenzverläufe, Nutzungs- und Erbrechte, Bestimmungen über die Besoldung sowie Pflichten und Rechte der Vögte oder als jüngstes Quellenstück ein Protokoll über die erste Urversammlung der Gemeinde Greifensee.

In allen Bänden ist die Quellenauswahl klar begründet. Die bewährten Transkriptions- und Editionsrichtlinien der Rechtsquellen wurden im Hinblick auf die teilweise digitale Publikation überarbeitet und ausführlich dokumentiert. Es ist beeindruckend, wie umfassend die einzelnen Themengebiete aufgearbeitet wurden. Insbesondere das Regest und der ausführliche Kommentar sind für das Verständnis des Quellenkontexts von grosser Bedeutung – vor allem dann, wenn die Quellen in der Online-Version genutzt und durch Schlagwortsuche aus ihrem Editions-kontext gerissen werden. Gerade diese Doppelspurigkeit der Edition durch ausführliche Einleitung *und* umfangreichen Kommentar stellt sicher, dass der Quellenkontext nicht verloren geht. Somit ist sowohl die physische als auch die digitale Nutzung der Edition eine grosse Freude.

Etwas gewöhnungsbedürftig ist die Nummerierung der Bände: Sie orientiert sich am ursprünglichen Editionsplan der Rechtsquellen, was dazu führt, dass durch die fallengelassenen Bände Lücken entstehen, welche für Aussenstehende kaum nachvollziehbar sind.

Die Rezensentin suchte etwa nach Veröffentlichung des zweiten Bandes «Stadt und Territorialstaat Zürich (1460 bis Reformation)» vergebens nach dem ersten Band zur Ausbreitung der Herrschaft vor 1460. Die Suche endete mit der Erkenntnis, dass dieser gestrichen wurde. Somit besteht weiterhin die Nummer, aber keine dazugehörige Edition. Für die Nutzung im digitalen Kontext fällt diese veraltete Nummerierung kaum ins Gewicht, bei der Suche im Bibliothekskatalog kann sie aber verwirren.

Die klug ausgewählten Themen der einzelnen Bände eröffnen ein Fenster auf die jeweilige Quellenlage. Die Edition zeigt neben den Quellentexten vor allem, welche Quellengruppen in den Archiven vorhanden sind und welche Stichworte oder Konzepte in den Texten gefunden werden können. Trotzdem ist die Reduktion auf fünf Bände zu bedauern, weil so der sich verändernde Herrschaftsraum vor 1460 beispielsweise kaum grossflächig abgebildet wird. Auch die Landvogteien kommen zu kurz: Kyburg oder Wädenswil unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht vom ausgewählten Beispiel Greifensee. Eigene Archivrecherchen sind also weiterhin nötig. Dennoch ist die Edition dieser fünf Bände eine grosse Chance für die Geschichtswissenschaft, sowohl lokalgeschichtlich als auch in grösserer Perspektive. Zudem steht ein neues Portal zu Quellen der Zürcher Geschichte des Staatsarchivs Zürich kurz vor der Publikation. Es ist zu hoffen, dass über diese Plattform die grossartige Grundlage der aktuellen Edition ergänzt und die Bereitstellung weiterer Quellentranskriptionen und -editionen fortgeführt wird.

Laura Bitterli, Richterswil

Jose Cáceres Mardones, **Bestialische Praktiken. Tiere, Sexualität und Justiz im frühneuzeitlichen Zürich**, Köln: Böhlau, 2022 (Tiere in der Geschichte / Animals in History, Bd. 1), 343 Seiten, 4 Abbildungen und 3 Tabellen.

Jose Cáceres Mardones beschäftigt sich in diesem ersten Band der Reihe «Tiere in der Geschichte» mit der Frage, wie Bestialität im Zürich des 17. Jahrhunderts sowohl von den obrigkeitlichen Instanzen verhandelt, als auch von den beteiligten (menschlichen) Akteur*innen wahrgenommen wurde. Dabei fokussiert er sich auf die Schnittstelle von Justiz, Mensch-Tier-Beziehungen und Sexualität und versucht anhand der diskursiv mitgeprägten bestialischen Praktiken herzuleiten, wie das frühneuzeitliche (menschliche) Subjekt sich selbst konstituierte. Wie Mardones feststellt, sind Fälle von Bestialität bisher eher im Rahmen von Studien zum Oberbegriff «Sodomie» untersucht worden. Spezifisch tiergeschichtliche Aspekte, wie die historische Spezifität einzelner Tierarten, aber auch Individualität und Agency der beteiligten Tiere sind daher noch wenig erforscht. Mardones widmet sich dieser Aufgabe anhand von Gerichtsakten, die er mit einigen diskursiven, vor allem religiösen und naturwissenschaftlichen, Texten ergänzt.

Zunächst wird beschrieben, wie das Prozessverfahren gegen Bestialität ablief, wie sie bestraft wurde – 53 % der 81 ausschliesslich männlichen Angeklagten erhielten die Todesstrafe – und welche Rolle die Tiere spielten. Letztere, in den meisten Fällen Rinder und Pferde, in geringerer Anzahl Ziegen, Schafe, Hunde und Katzen, wurden nach Mardones in den Gerichtsakten zwar nach Aussehen und Besitzern individualisiert, nach ihrer konkreten Beteiligung wurde aber kaum gefragt, was Mardones als eine Objektivierung deutet. Zwar war eine Mehrzahl der Tiere weiblich, aber auch männliche Tiere tauchen häufig auf, sodass das biologische Geschlecht keine allzu grosse Rolle gespielt haben dürfte. In Bezug auf die Agency der Tiere unterscheidet Mardones unter Rückgriff auf Philip Howell zwischen verschiedenen Formen. Wenn die Angeklagten beispielsweise beschrieben, dass sie durch die blossе Anwesenheit der Tiere, aber auch durch deren sexuellen

Beziehungen untereinander zur Tat angeregt worden seien, handelte es sich um eine zugeschriebene Agency. In anderen Fällen versuchten Tiere, sich dem Akt zu entziehen. In diesem Fall verfügten sie über eine Agency, die unabhängig von den Zuschreibungen des Angeklagten existierte, bzw. sich diesen widersetzte. Im dritten Kapitel wird anhand von Theodore Schatzkis Praktik-Begriff analysiert, welchen Einfluss Räumlichkeit und Zeitlichkeit auf die bestialischen Handlungen hatten. So wird beschrieben, wie die Waldweide und die Ställe die Erlernung, Durchführung und Entdeckung von bestialischen Handlungen beeinflussten.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der religiösen Dimension der Bestialität, die mit Ketzerei, Unzucht und Sünde in Verbindung gebracht wurde. Der Teufel konnte die Täter anstiften, gleichzeitig sah man aber auch die ungezügelten körperlichen Begierden der Angeklagten als Auslöser für die bestialische Handlung. Das nächste Kapitel untersucht, wie Bestialität in die Konstruktion unterschiedlicher Männlichkeitsentwürfe einfließt. Eine mangelnde «Mannheit» im Sinne von Zeugungskraft konnte insbesondere junge Täter entlasten. Diese hätten, so Mardones, bestialische Praktiken zwar körperlich eingeübt und erfahren, diese Praxis wurde wegen des jungen Alters der Angeklagten aber vor Gericht oft nicht anerkannt. Bei anderen Angeklagten war es indessen eine hausväterliche und eheliche Männlichkeit, die durch die Bestialität bedroht war. Im Rahmen des reformatorischen, heteronormativen Ehemodells konnte das Tier als Frauenersatz fungieren, sodass sich Bestialität sowohl als Anlehnung an als auch als Rebellion gegen dieses Modell verstehen lässt. Inwiefern Bestialität für die Angeklagten eine sexuelle Orientierung darstellte, ist laut Mardones allerdings schwierig festzustellen, da sich die Obrigkeit weniger für deren individuellen Erfahrungen als für den Vollzug der Tat und ihre Sichtbarkeit (etwa über den Samenerguss) interessierte. Das letzte Kapitel beschäftigt sich schliesslich mit dem sozialen Umfeld der Angeklagten. Verwandte und Nachbar*innen hatten einen Einfluss darauf, wie mit dem Verbrechen umgegangen wurde und wie es verfolgt wurde.

Mit seiner Studie ist Mardones ein methodisch äusserst reflektierter Einblick in die Bestialität, aber auch in das alltägliche Leben der Zürcher Landbevölkerung im 17. Jahrhundert gelungen. Die Leser*innen profitieren vor allem von den vielen direkten Zitaten, die ihnen die vormoderne Welt zugänglicher machen. Aufgrund des beschränkten Charakters des Sagbaren im Quellenkorpus regt das Buch aber auch zu weiteren Fragen an. Obwohl Mardones insbesondere Männlichkeitsdiskurse verhandelt, wäre zu fragen, weshalb weibliche Täterinnen überhaupt nicht vorkamen. Mardones' Hinweise auf das Augenmerk, das die Obrigkeit auf den männlichen Samenerguss legte, sowie auf das Tier als Ersatz für die Frau sind wertvolle Spuren für eine vergleichende Analyse von geschlechtsspezifischen Verbrechen im Zusammenhang mit Tieren, die weitere Erkenntnisse zu Tage fördern könnte. Aus tier- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive wäre zudem Mardones' interessante These weiterzuverfolgen, dass die Angeklagten die körperliche Performanz, durch die sie ihre sexuelle und geschlechtliche Identität herstellten, von Tieren erlernen konnten. Was bedeutet diese Beobachtung für die Verknüpfung von Mensch-Tier- und Geschlechterverhältnissen in der Vormoderne? Und welche Rolle spielte dabei das Geschlecht einzelner Tiere, bzw. die geschlechtlich markierten Zuschreibungen bestimmter Tierarten? Als Anregung für solche weiterführenden Fragestellungen leistet Mardones' Buch einen wichtigen Beitrag für die geschichtswissenschaftliche Forschung.

Aline Vogt, Basel

Vincent Fontana, *Éclairer le crime. Une histoire de l'enquête pénale sous la Révolution et l'Empire (Genève, 1790–1814)*, Préface de Michel Porret, Postface de Daniel Roche, Genève: Georg, 2021, 712 pages.

Une dimension de l'expérience révolutionnaire française restant méconnue, malgré la présence d'un volume important d'études, est celle de la transformation de la loi et des pratiques judiciaires. Entre la *Déclaration des Droits de l'homme et du citoyen* de 1789 et la promulgation du nouveau Code civil en 1804, un gigantesque travail de réforme a été nécessaire pour transformer les principes révolutionnaires en autant de normes intelligibles et règles applicables. Il ne s'agissait pas seulement de réécrire les codes, mais aussi de rebâtir les institutions – tribunaux, ministères, administrations locales – et de recruter puis former une nouvelle génération de magistrats et fonctionnaires. Non sans difficultés, ce travail a démarré au début de la Révolution et a finalement été accompli sous le Directoire et l'Empire. Les conquêtes territoriales entretemps réalisées par la France ont permis l'exportation de ces lois et institutions nouvelles dans les «républiques sœurs» – telle la République helvétique – avec des ajustements inévitables, dictés par les circonstances et par les traditions locales.

L'importante étude de Vincent Fontana, basée sur sa thèse de doctorat, se focalise sur un élément particulier de ce transfert, soit l'évolution de l'enquête pénale à Genève. Au moment de l'occupation de la Suisse et de la création de la République helvétique en 1798, la République de Genève, alors indépendante de la Confédération, est intégrée au département français du Léman dont elle devient le chef-lieu. De fait, Genève se voit ainsi incluse dans les structures administratives françaises, sans les adaptations réalisées dans la République helvétique voisine, eu égard aux anciennes institutions que remplacent les organismes nouveaux. Le fait que la République de Genève ait elle-même connu sa propre révolution en 1792 pouvait faciliter ce processus, elle qui n'était étrangère ni aux idées héritées des Lumières ni aux nouvelles demandes politiques générées par ces dernières.

La réforme de la justice réalisée par les juristes de la Révolution suivait *grosso modo* deux lignes directrices. La première consistait dans l'exigence de fixer la définition des délits et des peines sur la base de principes généraux et de lois clairement formulées, en réduisant le plus possible la marge d'interprétation de la part des juges, et donc la possibilité de sentences arbitraires. Cet approche réalisait en partie le rêve séculaire des robins, à savoir l'édification d'un «régne de la justice» fondé sur un système universel de lois. La deuxième orientation était le principe de la séparation des pouvoirs. Dans ce cas spécifique, cette attention impliquait la distinction claire entre les compétences d'un pouvoir exécutif responsable de la police et d'un pouvoir judiciaire responsable, pour sa part, de l'administration de la justice. Cette séparation des pouvoirs influençait directement l'organisation et le déroulement de l'enquête criminelle, qui dépendait de ces deux autorités distinctes dont la collaboration s'avérait souvent problématique, la preuve en étant qu'en France les ministères de Justice et Police, d'abord réunis dans un seul département, aient été divisés dès 1796.

Comme *Éclairer le crime* le montre, derrière les principes généraux inspirés par l'œuvre des écrivains des Lumières tels que Cesare Beccaria, la pratique se révélait autrement plus complexe que la théorie. Par exemple, l'auteur cite un manuel de procédure pénale publié, en 1808, par Claude Sébastien Bourguignon afin d'orienter magistrats et fonctionnaires de police. Or, au début des années 1790 déjà, les futurs ministres de la justice Merlin de Douai et Cambacérès avaient produit des *tables* et *codes* du droit révolutionnaire qui circulaient sous forme manuscrite, également destinés à guider les magis-

trats dans le labyrinthe des nouvelles normes. Du reste, le même Merlin de Douai calculait que, à la fin de la Révolution, entre 30'000 et 40'000 lois et décrets votés par les assemblées législatives n'avaient jamais été appliqués, faute d'être compris ou de disposer des moyens nécessaires à leur mise en œuvre.

L'attraction des historiens pour des questions telles que l'enquête criminelle a été stimulée par les travaux de Michel Foucault, qui se focalisaient sur le contrôle exercé par le pouvoir sur les individus ainsi que sur les formes de la discipline sociale. Très riche et documenté, le livre de Vincent Fontana s'inscrit visiblement, à l'origine, dans cette tradition. Toutefois, sa recherche montre bien que l'intérêt de ces pratiques institutionnelles dépasse la dimension plus abstraite de la domination et de la surveillance: elle illustre toute la densité des structures de gouvernance, leur plasticité culturelle de même que leur ambiguïté politique.

Biancamaria Fontana, Lausanne

Joseph Jung (dir.), *Einigkeit, Freiheit, Menschlichkeit. Guillaume Henri Dufour als General, Ingenieur, Kartograf und Politiker*, Bâle: NZZ Libro, 2022, 416 pages.

Non que les études consacrées à Dufour soient totalement absentes. Il en existe de qualité, de rares biographies, comme celle due à Jean-Jacques Langendorf mais maintenant assez ancienne, et surtout de nombreuses études plus spécifiques, dédiées à un aspect ou un autre de la riche activité du célèbre général. Il manque toutefois encore la grande biographie qui rendrait compte de la personnalité et de l'action du Genevois dans toute son ampleur et sa complexité. Le livre dirigé par Joseph Jung ne comble certes pas cette lacune, de l'aveu même du maître d'œuvre de l'opération. Néanmoins, indiscutablement, l'ouvrage constitue une étape importante dans la connaissance de ce personnage si fascinant par ses centres d'intérêt multiples et par sa capacité à investir, avec une humilité rare, ses talents dans les causes qui lui semblent justes.

Le *Henri Dufour* de Joseph Jung possède les qualités et les défauts des ouvrages collectifs. Ce qu'il perd en vue d'ensemble et en contextualisation globale, il le gagne par les approches parfois très pointues qu'il propose des nombreuses facettes du vainqueur du Sonderbund. Clemens Fässler retrace les éléments essentiels de la vie publique et privée de Dufour. Le général a toujours été très attaché à sa famille, comme l'atteste l'intense correspondance entretenue avec sa femme et ses enfants. Georges Bindschedler évoque le Dufour ingénieur, mû par une vive curiosité intellectuelle et par son irrépressible goût des réalisations concrètes. Hans-Uli Feldmann réserve un gros chapitre au Dufour cartographe, patron par ses fonctions militaires des travaux topographiques nationaux qui déboucheront sur une vision cartographique de la Suisse louée au-delà des frontières de notre pays.

Christoph A. Schaltegger, Thomas M. Studer et Michael Arnold relatent le contexte de la fin de la Régénération helvétique, les événements qui mèneront au Sonderbund ainsi que les conséquences immédiates de cette guerre fratricide. Peter Candidus Stocker, Ulrich F. Zwygart et Walter Troxler s'intéressent au Dufour soldat, à son activité de chef suprême des forces de la Diète durant le conflit, à ses méthodes de commandement. Enfin, Joseph Jung, connu pour ses travaux sur Alfred Escher, raconte Dufour comme référence morale et icône militaire incontestée de la jeune Confédération, alors aux prises avec un environnement international hostile. Jung suit son héros au fil des mobilisations qu'il aura à piloter, dans un contexte difficile où le Conseil fédéral est pris entre plusieurs feux. Il doit manœuvrer entre, d'une part, des puissances sorties indemnes du Printemps

des peuples de 1848 et prêtes à en découdre avec cette Helvétie si généreuse avec les révolutionnaires de toute l'Europe et, d'autre part, l'aile gauche radicale qui voudrait que la Suisse vole au secours de toutes les révolutions qui balaient le continent. Il termine ce passionnant parcours « dufourien » en présentant comment son humanité foncière s'épanouira dans son labeur en faveur de la création du CICR.

Ce riche voyage permet au lecteur d'entrer de plain-pied dans une tranche cruciale de l'histoire de la Suisse, d'où émerge cette figure à la fois paternelle et médiatrice de l'Helvétie nouvelle née en 1848. Elle avait besoin d'un homme tel que lui pour éviter que la guerre civile de l'année précédente ne dégénère en un bain de sang qui aurait affaibli durablement le pays et conduit à son absorption, ou du moins à sa mise sous tutelle, par les puissances alentour. Sans doute Dufour, comme le montrent les auteurs, a-t-il eu de la chance. C'est de peu qu'il échappe au naufrage de son bateau près de Corfou où il sert Napoléon qu'il admirera toute sa vie; la guerre du Sonderbund ne pouvait militairement être perdue du fait de la faiblesse du commandement des sécessionnistes et de la dispersion de leurs forces; son respect pour l'empereur qu'il reportera parfois hâtivement sur son neveu aurait pu nuire grandement à sa carrière; il fut également heureux que l'affaire de Neuchâtel, cause d'une guerre possible contre la Prusse en 1857, se soit arrêtée sur le tapis vert diplomatique tant ses erreurs de jugement, déjà relevées par Langendorf, auraient pu être fatales.

Malgré cela, et Jung a raison d'insister sur ce point, l'examen de l'action de Dufour ne peut se limiter à une mise en exergue de ses éventuelles carences. Auteur proluxe, Dufour n'est pas un théoricien, mais un homme du terrain. Il construit des ponts, pense le réseau de chemin de fer (un sujet qui aurait pu être davantage développé dans l'étude), conduit des troupes, dirige la confection de la carte de la Suisse. Le tout au service de la patrie, auquel il se dévoue corps et âme. Il livre ses états d'âme à sa correspondance et ses écrits militaires n'ont pas vocation à révolutionner la pensée stratégique de son temps. Ils doivent plutôt être lus comme les supports de cours dont il avait besoin pour son travail d'instructeur à l'école militaire de Thoun. La personnalité de Dufour se résume sans doute dans son métier d'enseignant, qui le passionne. Et c'est en maître soucieux de ses élèves et de ses interlocuteurs qu'il commande l'armée suisse, qu'il impose sa manière douce et humble dans le commerce avec l'adversaire; c'est dans cette tâche que son humanité se révèle pleinement.

Cet ouvrage sur Dufour, s'il aurait pu explorer davantage les différents réseaux qui se constituent autour de sa personnalité rayonnante, ne glane en outre pas ses mérites par sa seule focalisation sur celui qui a donné son nom au plus haut sommet de Suisse. Il constitue aussi une contribution des plus intéressantes à la connaissance des débuts de la Confédération et du dur apprentissage auquel furent soumis les premiers conseillers fédéraux, tous de remarquables hommes d'État cantonaux en train de découvrir les froides réalités de la politique internationale. Dans ce sens, le livre s'érige en complément utile aux travaux récents d'Urs Altermatt sur l'histoire du Conseil fédéral. Oui, nos premiers « sages » n'ont pas toujours montré, et c'est un euphémisme, une maîtrise totale de leurs dossiers et des enjeux internationaux, demeurant prisonniers des parfois picrocholines querelles locales. Ils ont trop souvent dévoilé un amateurisme troublant, peinant à coordonner leurs bonnes volontés, ce qui aurait pu avoir de fâcheuses conséquences.

On pourra trouver excessivement sévère le réquisitoire que Joseph Jung lance, dans son chapitre, au Conseil fédéral d'alors. Un réquisitoire auquel n'échappe d'ailleurs pas toujours, à juste titre, Dufour. Mais les radicaux au pouvoir, que l'auteur glisse dans le

même sac idéologique alors que d'importantes nuances les séparent, apparaissent, au mieux, comme incompetents, ou, au pire, comme d'aventureux va-t'en guerre. Ce n'est pas tout faux pour Stämpfli mais, justement, le système confédéral bride les personnalités composant le collège et empêche qu'elles nuisent, individuellement, à l'action gouvernementale. Seul semble surgir du néant Escher: sans nier ses mérites, il convient tout de même de rappeler qu'il a toujours préféré rester prudemment en dehors des affaires gouvernementales, pour mieux les observer de son piédestal du Nord-Ost-Bahn ... Manifestement, Joseph Jung n'apprécie guère ces radicaux peuplant le premier Conseil fédéral, au point de commettre une petite erreur. Ainsi Druet se voit étiqueté de franc-maçon, ce qui n'a jamais pu être prouvé. Il était membre de la *Burschenschaft* durant ses études en Allemagne et s'est toujours largement épanché, dans ses écrits intimes et sa correspondance, sur sa vie et ses sentiments: s'il avait été «initié», nul doute qu'il l'aurait écrit quelque part ...

Ces dernières remarques confirment l'importance du livre dirigé par Joseph Jung: l'histoire des premiers temps de la Confédération née en 1848 peut encore être soumise à des interprétations nombreuses et variées et recèle encore moult mystères que des études du type de l'ouvrage analysé ici contribuent à percer. Quantité de conseillers fédéraux et autres hauts personnages de la Confédération attendent encore leur biographe: puisse cette étude multidisciplinaire, à l'image de Dufour lui-même, aiguillonner les vocations! Dufour a toujours refusé la politique politicienne, il n'a accepté ses élections que par devoir. Sur ce point, le mot «Politiker» dans le titre n'est pas forcément adéquat. En revanche, et cela ressort du livre de Jung et son équipe, Dufour a transcendé la politique, en la servant au nom d'intérêts qu'il jugeait supérieurs. Il a gagné «politiquement» le Sonderbund. Son «humanité» n'en ressort que mieux: que ce mot apparaisse dans le titre est, cette fois, pleinement justifié!

Olivier Meuwly, Lausanne

Karin Fuchs, Paul Eugen Grimm, Martin Stuber, **Nutzen und schützen. Johann Coaz (1822–1918), der Wald und die Anfänge der schweizerischen Umweltpolitik**, Zürich: Hier und Jetzt, 2021, 275 Seiten.

Waren Sie schon einmal in der Chamanna Coaz? Sie liegt mitten im Engadiner Hochgebirge auf 2600 Metern und ist umgeben von der Bernina-Gruppe, die in den Himmel zu ragen scheint. Erstbesteiger des Piz Bernina soll der Bündner Johann Coaz (1822–1918) gewesen sein, weshalb die Hütte anfangs des 20. Jahrhunderts nach ihm benannt wurde. Coaz steht jedoch nicht in erster Linie für die Massive des Engadins – auch wenn er einst als Gebirgstopograf für Henri Dufour gearbeitet hat. Erinnert wird er wegen seiner Arbeiten als Forstwirt, in deren Rahmen er erstmals ein Bauminventar anlegte, und als Oberforstinspektor der Schweiz und damit Verantwortlicher für das erste eidgenössische Forstgesetz, das dem nachhaltigen Schutz des Waldes gewidmet war, sowie schliesslich als Vordenker des Schweizerischen Nationalparks.

Nun hat der ausgebildete Forstingenieur eine Schrift erhalten, die ihn zwar nur bedingt biografisch beleuchtet, wohl aber Facetten seines Schaffens kontextuell zu erfassen sucht und so eine auf das Geschehen im schweizerischen Forstwesen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts massgeblich einflussreiche Persönlichkeit vorstellt. Die Schrift ist in drei Teile gegliedert, die von den Autoren respektive der Autorin jeweils individuell abgefasst wurden. Allen Kapiteln zugrunde liegt der Nachlass Johann Coaz', der 1981 gesichert werden konnte und einige Jahre später dem Staatsarchiv Graubünden übergeben wurde.

Es handelt sich dabei hauptsächlich um persönliche Tagebücher und Korrespondenzen. Für die einzelnen Abhandlungen wurden dem Nachlass nicht nur weitere schriftliche Quellen hinzugestellt, sondern insbesondere auch zeitgenössische Porträts, Landschaftsbilder, Zeichnungen und Skizzen sowie kartografische Werke, die die Ausführungen vielfältig unterlegen und zum Teil ergänzen.

Eingeleitet wird die Schrift mit einem biografischen Abriss Johann Coaz' entlang der hinterlassenen Ego-Dokumente. Leider werden diese etwas zu wörtlich genommen: Der Autor Paul Eugen Grimm zitiert in seiner Nachzeichnung expansiv aus den persönlichen sowie den Forsttagebüchern Coaz'. Das ist für meinen Geschmack zu eng an den Quellen, etwas mehr Distanz hätte den Ausführungen gutgetan. Wir lernen: Coaz war ein guter Schüler und eifriger Student, dem dank bürgerlicher Herkunft und kulturellem Kapital seines Vaters eine vielversprechende Zukunft offenstand. Diese Gunst des Augenblicks wusste er zu ergreifen. Seine erste Anstellung erhielt er beim schon genannten Dufour, um dann bereits mit knapp dreissig Jahren zum Oberforstinspektor des Kantons Graubünden, später auch des Kantons St. Gallen, berufen zu werden. Knapp 25 Jahre später erfolgte die Wahl zum eidgenössischen Forstinspektor. Coaz war dabei streng mit sich selbst, auferlegte sich viel körperliche «Ertüchtigung», die es ihm erlaubte, zahlreiche Gipfel zu besteigen und bis ins hohe Alter im beruflichen und gesellschaftlichen Leben aktiv zu sein. Seinen Einfluss wusste er dank seines fundierten Wissens, seines grossen Netzwerks zu wichtigen Zeitgenossen und in verschiedene Wissensgesellschaften des 19. Jahrhunderts hinein und dank eines unermüdlichen Einsatzes gezielt spielen zu lassen, und so die Forst- und Naturschutzbemühungen noch vor 1900 aktiv voranzutreiben.

Dies verdeutlicht der Beitrag von Martin Stuber. Dieser nimmt sich die Coaz' Tätigkeit als Forstinspektor vor, bettet diese in die zeitgenössischen Diskussionen rund um den Wald ein und legt damit einen wichtigen Beitrag zur frühen Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsdebatte vor: Coaz' Überlegungen zur Forstorganisation, zur forstwirtschaftlichen Nutzung des Waldes respektive der Waldressourcen sowie seine Beschreibungen von «Natur» ganz allgemein eignen sich hervorragend, unsere Kenntnisse zu den Anfängen der Konzeptionierung und Theoretisierung von Nachhaltigkeit zu erweitern.

Zum Zeitpunkt des Wirkens Johann Coaz' war der Begriff der Nachhaltigkeit im Rahmen des Forstwesens längst geboren. Ausgehend von der deutschen Forstwirtschaft gelang das dahinterstehende Konzept zur Geltung. Höchste Zeit also, dass es auch in die schweizerische Forstwirtschaft einfluss. Laut Stuber ist der Ausgangspunkt dazu bei der «Ökonomischen Aufklärung» (S. 97) zu suchen, die die Ertragssteigerung aus Ressourcen eines Territoriums mit dem konsequenten Einsatz von Wissenschaft und Technik anstrebte. Nun ging es darum, die Nutzung der Ressourcen stringenter anzugehen, wenn auch noch nicht um die Sicherung absoluter Schonung von ausgewählten Gebieten, wie dies später bei der Errichtung der ersten Nationalparks der Fall war. Es ging um das Zurückbinden einer allzu kommerzialisierten Waldwirtschaft und nicht darum, die Nutzung der Ressource Holz absolut zu unterbinden. Als Forstinspektor von Graubünden veranlasste Coaz entsprechend eine rasche Reorganisation der Forstwirtschaft und später die Ausarbeitung einer ersten kantonalen Forstordnung. Stuber bezeichnet diese als umweltpolitische Innovation, da sie den Handel mit Holz mit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung verknüpfte, und sich schliesslich auch als dienliche Massnahme zum Schutz der Hochwälder im Falle von «schädlichen Naturereignissen» (S. 123), etwa Hochwasserkatastrophen, erwies. Nicht zuletzt legte Coaz damit den Grundstein für seine Arbeit auf

nationaler Ebene, als er als eidgenössischer Forstinspektor die Forstorganisation auf eine gesamtschweizerische Ebene zu heben suchte.

Darum geht es im dritten von Karin Fuchs verfassten Kapitel des Buchs. Fuchs stellt Coaz' Schaffen in den Kontext der institutionellen Ausformung des 1848 gegründeten Bundesstaats und legt ihren Fokus auf drei Etappen von Coaz' Karriere. Auf die als Vermessungsingenieur in jungen Jahren, in denen er die «naturräumliche Umgebung mit Funktionen» (S. 220) erfasste, auf die als eidgenössischer Oberforstinspektor am Kulminationspunkt seiner Karriere und auf die als Vermittler in Sachen Schweizerischer Nationalpark im fortgeschrittenen Alter. Deutlich wird, dass Coaz auf nationaler Ebene, anders als zuvor auf kantonaler, sehr viel stärker in ein Expertennetz von Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern eingebunden war. Zwar galt er als ausgewiesener Forstexperte, war aber deutlich abhängiger von weiteren Akteuren, etwa bei der Ausarbeitung des eidgenössischen Forstgesetzes in den 1870er Jahren (in Kraft gesetzt 1876) oder der Organisation des Forstwesens ganz allgemein – hier arbeitete er daran, die kantonalen Ordnungen und Verordnungen den eidgenössischen anzugleichen –, und schliesslich auch im Zusammenhang mit der Gründung des Schweizerischen Nationalparks. Dass er sich für letzteren einsetzte, ist einigermaßen erstaunlich, hatte er sich doch nie für die romantischen Aspekte von Natur interessiert, sondern an einer Ordnung des Gleichgewichts trotz und mittels von deren Nutzung gearbeitet. Nun also sollte die Natur vor den Eingriffen der Zivilisation geschützt werden. Wie es zu diesem Umdenken kam und ob Coaz dies als logische Folge oder als Abkehr seiner früheren Bemühungen verstand, bleibt uns die Autorin schuldig. Gleichzeitig führt sie uns nochmals vor Augen, wie sich das Verständnis der Nutzniessung von Natur und Umwelt im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem rein ökonomischen hin zu einem vermehrt ökologischen verschob. Der Nationalpark, der Coaz vorschwebte, war noch nicht als Erholungsgebiet für die Bevölkerung gedacht, sondern als ein Stück Natur, das für die Nachwelt bewahrt werden sollte.

Abgerundet wird das Buch mit einem von Paul Eugen Grimm erarbeiteten und kommentierten Katalog, um so nochmals die Wissens- und Tätigkeitsgebiete Johann Coaz' zu veranschaulichen. Grimm eröffnet damit Quellenbestände zur weiteren Forschung zur Person wie auch zu den wichtigen Forschungsfeldern Umwelt, Nachhaltigkeit und Natur-/Umweltschutz. Das ist vielleicht das grösste Verdienst dieses Buches: Das Nachdenken über Natur und Umwelt, Überlegungen zum Schutz von Ressourcen sowie zum Erhalt eines natürlichen Gleichgewichts sind nicht ausschliesslich Themen des 20. Jahrhunderts, sondern beschäftigten bereits die Zeitgenossen früherer Dekaden. Darauf und auf die Dringlichkeit weiterer Forschung zu diesen wesentlichen Themen macht die vorliegende Schrift in aller Deutlichkeit aufmerksam.

Monika Gisler, Zürich

Ueli Haefeli, *Mobilität im Alltag der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert – Unterwegs sein können, wollen und müssen*, Zürich: Chronos, 2022 (Verkehrsgeschichte Schweiz, Bd. 4), 221 Seiten, 35 Abbildungen.

«Die verbreitete Vorstellung, dass die Mobilität der Menschen im Laufe der Zeit einfach immer zugenommen hat, erweist sich bei genauerem Hinsehen als unhaltbar.» Dieser Satz ist die Schlüsselerkenntnis in der 2022 erschienenen Synthese *Mobilität im Alltag der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert*. Ueli Haefeli, Titularprofessor an der Universität Bern, bündelt in dieser Publikation den aktuellen Forschungsstand zum Mobilitätsverhal-

ten der Menschen in der Schweiz sowie zu den Rahmenbedingungen und Bedürfnissen, die dieses prägen. Wesentliche neue oder nun stärker fundierte Erkenntnisse basieren auf dem Nationalfonds-Forschungsprojekt «Mobilität im schweizerischen Bundesstaat», das zwischen 2014 und 2018 an der Universität Bern durchgeführt wurde und dessen operativer Leiter Haefeli war.

Neben 27 Bachelor- und Masterarbeiten waren auch zwei Dissertationen Bestandteil des Projekts, deren Erkenntnisse die neue Darstellung prägen: Markus Siebers Arbeit zur Mobilitätsgeschichte seit 1918 und Benjamin Spielmanns Studie zur Alltagsmobilität in der Schweiz zwischen 1848 und 1939. Auf Sieber nimmt Haefeli insbesondere im Zusammenhang mit der Pendlermobilität Bezug, und der Titel von Spielmanns Dissertation, «Und im Übrigen ging man zu Fuss» ist das *ceterum censeo*, das die Synthese durchzieht.³ Indem Haefeli die Bedeutung des Fussverkehrs in den jeweiligen zeitlichen Kontexten immer wieder unterstreicht, räumt er dieser Fortbewegungsart in der schweizerischen Mobilitätsgeschichtsschreibung jenen Platz ein, den sie dort verdient.

Apropos: Der Begriff Mobilität zur Beschreibung von Überbegriff, Forschungsprojekt und Synthese ist in diesem Fall bewusst gewählt. Er orientiert sich an einem Verständnis, das breiter angelegt ist als die klassische Verkehrsgeschichte. Der Umweltwissenschaftler Markus Profijt hat dieses in einem einzigen Satz prägnant auf den Punkt gebracht: «Mobilität benötigt den Verkehr zur Ortsveränderung.»

Ueli Haefeli wählt als Zugang zu den Antworten auf die Frage, wie sich die Mobilität der Menschen in der Schweiz seit der Gründung des Bundesstaates verändert hat, drei Schritte: Zuerst rollt er die relevanten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Infrastruktur aus, dann wendet er sich den Bedürfnissen und Kompetenzen der Menschen zu, um abschliessend zu resümieren, welche Wendungen die Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz in den vergangenen gut 150 Jahren genommen haben. Zu den markanten Erkenntnissen, die Haefeli herausstreicht, gehört der gleichsam «politikfreie Automatismus» der in einem breiten Konsens aus der zu kurz greifenden Gleichung «mehr Verkehr führt zu mehr Wirtschaftswachstum und Lebensqualität» abgeleitet wurde. Er hat der Schweiz Verkehrsfinanzierungsmechanismen beschert, die von den Verteilungskämpfen in den ordentlichen Budgetprozessen nicht tangiert sind.

Auch wenn erst die Eisenbahnen und später die Autobahnen die Distanzen in der Schweiz schrumpfen liessen und die Siedlungsstruktur des Landes umpflügten: Die Darstellung Haefelis macht deutlich, dass der Kipppunkt, der die Mobilität ab den 1950er Jahren zu einem allgemeinen Gemeinde- und Kantonsgrenzen überschreitenden Alltagsphänomen machen sollte, drei Jahrzehnte früher zu suchen ist. Bis dahin hatte die Eisenbahn vor allem den Gütertransport revolutioniert, und sowohl städtische Strassenbahnen als auch Autos waren Transportmittel, an denen sich privilegierte Schichten erfreuten. Ab den 1920er Jahren pendelten sich die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel auf einem für breite Schichten verkraftbaren Niveau ein. Zudem wurden in jenen Jahren wesentliche Voraussetzungen für die Expansion des individuellen Strassenverkehrs geschaffen – zuerst mit der Zweckbindung von Teilen der Einnahmen des Bundes aus der Mineralölsteuer für den Bau und Unterhalt von Strassen, dann durch einen rechtlichen Rahmen, der aus öffentlichen Räumen Verkehrsräume machte.

Und dennoch: «In mancher Hinsicht waren in vormodernen Verhältnissen die Menschen sogar mobiler als heute», schreibt Ueli Haefeli, denn: «Im betrachteten Zeit-

³ Vgl. die Besprechung von Tiphaine Robert in dieser SZG.

raum verschoben sich die Schwerpunkte zwischen den verschiedenen Formen der Mobilität grundlegend: Auswanderung, Abwanderung, Binnenwanderung, Wohnsitzmobilität, interkantonale Migration, Landflucht, Pendlermobilität, Tourismus, Freizeitmobilität, Arbeitsmobilität. Mobilität als Faktor der Produktion, Mobilität als Konsum.»

Diese verschiedenen Ausprägungen waren eng mit den jeweiligen Entwicklungsstadien des Landes auf seinem Weg von einer agrarisch geprägten Welt über einen Industriestaat bis zur heutigen Dienstleistungsgesellschaft verflochten. Aus dem vor 100 Jahren üblichen Umzug an den Arbeitsort, der zu einer hohen Bevölkerungsfluktuation insbesondere in den Städten führte, wurde eine Routine des Pendelns, mit der sich berufliche Veränderungen in der Stadt und Sesshaftigkeit beim Wohnen auf dem Land unter einen Hut bringen lassen. Einen Kontrapunkt zu flüchtigen zeitgenössischen Interpretationen setzt Ueli Haefeli auch, was die Versorgung der Haushalte angeht: Dass Waren den Weg direkt über die Haustüre und nicht über Einkaufsläden zu ihrer Kundschaft finden, ist, zumal auf dem Land, kein neues Phänomen. Hausierer und auch der Migroswagen waren einst verbreitete Formen von «home delivery».

So reflektiert und umfassend diese neuste Bestandsaufnahme der verkehrshistorischen Forschung zur Schweiz geraten ist: Zusätzlich gewonnen hätte sie durch den Einbezug der alltäglichen grenzüberschreitenden Mobilität, die in einem kleinen Land ohne eigene Rohstoffe ein substanzieller Faktor ist. Der Bogen hätte sich dabei von der Ankunft der Südfrüchte mit der Gotthardbahn bis zum Umbau der Luftfahrt in ein Billigverkehrsmittel schlagen lassen.

Paul Schneeberger, Baden

Benjamin Spielmann, «Im Übrigen ging man zu Fuss». *Alltagsmobilität in der Schweiz von 1848 bis 1939*, Bâle: LIBRUM Publishers & Editors LLC, 2020, 240 pages, 106 illustrations, 15 graphiques. En ligne: <https://doi.org/10.19218/3906897363>.

Issu d'une thèse de doctorat intégrée au projet FNS *Mobilität im schweizerischen Bundesstaat. Ein neuer Blick auf die Verkehrsgeschichte der Schweiz nach 1848* sous la direction de Christian Rohr, l'ouvrage de l'historien (et mécanicien de locomotive) Benjamin Spielmann retrace l'histoire de la mobilité au quotidien en Suisse entre 1848 et 1939.

Le titre de l'ouvrage – traduisible par «Pour le reste, on se déplaçait à pied» – est une citation tirée d'une autobiographie décrivant une enfance en Appenzell avant la Seconde Guerre mondiale. Il est à la fois le point de départ de la réflexion de Spielmann et sa principale thèse: alors que la période étudiée évoque, dans l'imaginaire collectif, le développement des transports dits modernes, la marche à pied représente toujours le moyen de locomotion principal et quotidien de la majorité de la population. Sous l'expression «mobilité du quotidien» (*Alltagsmobilität*), l'auteur regroupe les déplacements pendulaires pendant le temps libre et pour les achats. Après une introduction qui précise la démarche, clarifie les concepts et fait l'état de la recherche, une première partie empirique étudie l'infrastructure, une deuxième partie les moyens de transport, tandis que la troisième – la plus originale – interroge la mobilité quotidienne d'individus en s'appuyant sur six biographies. La deuxième moitié du XIX^e siècle correspond à une phase d'industrialisation grandissante qui signifie, pour une part toujours plus importante de la population, une séparation entre le lieu d'habitation et le lieu de travail. L'étude s'arrête au début de la Seconde Guerre mondiale, cette dernière donnant un coup d'arrêt à la mobilité des civils

avant que les énergies fossiles ne donnent une impulsion sans précédent à cette mobilité, une nouvelle ère qui ne pouvait être intégrée à l'étude.

L'introduction décortique la notion de mobilité, qui autorise de mettre l'accent sur les personnes (au contraire du concept de transports) et qui porte une connotation positive dans nos sociétés (p. 12). Depuis les années 1990 et le *mobility turn* opéré par Gijs Mom et d'autres chercheurs fédérés autour de l'association T²M⁴, la recherche se focalise sur les déplacements plutôt que sur les véhicules et les infrastructures, par le prisme d'une histoire davantage socio-culturelle que technique. Spielmann se propose d'appliquer le modèle théorique développé par Ruth Kaufmann-Hayoz⁵, qui met en lien le niveau structurel et individuel en révélant les *feedback loops* entre agents et environnement pour expliquer des évolutions de pratiques. Plus généralement, ce modèle permet de montrer l'importance des facteurs extérieurs sur les pratiques modales, bien au-delà de la question de l'offre de transport. Dans une histoire d'en bas de la mobilité, Spielmann place l'impensé de la marche à pied au centre de son étude: pour la période étudiée, la recherche s'est focalisée sur les progrès des transports modernes en oubliant souvent que ces inventions n'avaient pas une grande incidence sur la vie quotidienne de la plupart des gens.

Le développement de l'auteur nous emmène, en train, en tram (plus rarement en diligence, charrette ou hippomobile), en auto et en bus, à vélo et à pied, dans un passé à la fois proche et lointain où la plupart des gens se déplacent peu, pas loin, et seulement quand c'est nécessaire. L'histoire de la route et du rail est l'objet de la première partie. Au début du XIX^e siècle en Europe, les gouvernements libéraux cherchent à moderniser leurs routes. Pour ces dernières ou pour le chemin de fer, l'objectif premier – Spielmann le montre bien – est de transporter des biens et des denrées, pas les personnes. Après 1900, l'auteur montre que le but des collectivités est d'adapter les routes à l'automobile. S'il n'est pas le premier historien à évoquer la question de la poussière, véritable fléau avant l'introduction de revêtements solides, ses descriptions particulièrement vivantes permettent de comprendre la nécessité de ces adaptations dans l'entre-deux-guerres, pour le bien être des piétons certes, mais aussi et surtout pour que l'automobile soit mieux acceptée par la collectivité (p. 60). L'auteur évoque aussi l'histoire plus connue du chemin de fer qui, en analogie aux autres modes de transports, ne voit pas l'augmentation vertigineuse des passagers signifier pour autant une véritable démocratisation.

La deuxième partie se focalise sur les véhicules eux-mêmes et, surtout, sur leur (in)accessibilité. Un témoignage met bien en avant cet écart entre avènement des moyens de transport et le peu d'influence sur la vie des (petites) gens. Une enseignante raconte une sortie d'école à l'Exposition nationale en 1914 depuis un village de l'Emmental. Parmi les 22 élèves, 18 n'avaient jamais vu un train et aucun-e ne l'avait pris (p. 128). Concernant l'automobile, Spielmann montre que ses promoteurs la présentent comme un véhicule du quotidien, alors que son utilisation à des fins de tourisme prédomine jusqu'à 1939: son coût d'achat représente alors une année et demie de travail en fabrique (p. 164). Il corrobore ainsi les travaux de Gijs Mom et de Christoph Maria Merki, qui mettaient en évidence l'emprise progressive de l'auto sur l'espace public, alors même qu'elle est encore réservée à une élite. Le vélo fait figure d'exception, devenant très prisé dans les classes populaires durant l'entre-deux-guerres. Doublement à la marge – de l'historiographie et de la route – la marche à pied conclut le panorama de Spielmann:

4 International Association for the History of Transport, Traffic & Mobility.

5 Ruth Kaufmann-Hayoz, Human Action in Context. A Model Framework for Interdisciplinary Studies in View of Sustainable Development, in: *Umweltpsychologie* 10/1 (2006), p. 154–177.

malgré son caractère universel, normatif et combiné avec les autres moyens de transport, la marche est en effet rarement considérée dans les études sur la mobilité.

La dernière partie donne une illustration vivante et incarnée des parties 1 et 2. En assumant les biais qu'implique cette démarche, l'auteur a choisi six livres racontant la vie de personnes issues d'un milieu pauvre, urbain ou paysan. Les portraits d'un juriste à Bâle, d'un pasteur aux Grisons, d'une ouvrière à Winterthur, d'une sage-femme à Sierre ou d'un ouvrier à Wil mettent en évidence leur (im)mobilité. Un élément se dégage: les transports tels que le train sont uniquement empruntés lors d'«événements clés» comme un déménagement. En 1939, la sage-femme acquiert une auto pour son travail et fait figure de double exception dans les villages valaisans: propriétaire d'une auto et femme. Son cas fait figure de contre-exemple car, pour le reste, on se déplace le plus souvent à pied. Dans un mode de vie rimant avec proximité (travail, temps libre, achats) – on parlerait aujourd'hui d'économie circulaire –, les véhicules privés, en plus d'être un luxe, ne sont la plupart du temps pas une nécessité. Ainsi, sans nier la pertinence de la conclusion de Merki⁶ quant aux tendances concernant les déplacements (*schneller, weiter, mehr, billiger, sicherer, weiblicher*), Spielmann nuance leur poids en ce qui concerne la mobilité du quotidien pour la période étudiée.

L'auteur concluant son propos avec des perspectives de recherche, nous en retiendrons particulièrement deux. Les discours autour des piétons – particulièrement ceux des promoteurs de l'automobile et des acteurs des politiques de transport – mériteraient d'être étudiés. Jusqu'au début des années 1930, il est encore possible de se déplacer librement à pied sur la route. Devenus «les autres usagers de la route», les piétons passent de représentants de la norme à empêcheurs de rouler en rond. Un autre aspect peu développé est celui du genre. Aujourd'hui, de nombreuses études mettent en avant les différences dans les déplacements en fonction du sexe. Les études historiques sont rares sur la question et des analyses sur ce point sembleraient pertinentes.

La thèse de Spielmann est une étude passionnante, extrêmement riche, aux conclusions limpides qui résultent d'une fine et pertinente analyse des sources. La structure choisie par Spielmann implique quelques répétitions, particulièrement entre les parties 1 et 2, l'infrastructure se confondant un peu avec le moyen de transport. D'un point de vue purement formel, le rappel fréquent aux autres chapitres perturbe quelque peu la lecture. Mais ces détails n'affaiblissent aucunement cette vaste étude, enrichie par des illustrations et tableaux parlants. Spielmann s'inscrit dans une nouvelle historiographie des mobilités en opposition au phasisme, opposition récemment influencée par l'histoire environnementale. Cette dernière met l'accent sur l'hybridité des systèmes énergétiques avant le passage en force des énergies fossiles⁷. Dans leur récente synthèse sur l'histoire des mobilités en France, les historien·e·s Baldasseroni, Faugier et Pelgrims l'affirment: «De même que l'idée de «transition énergétique» est un non-sens historique, il n'existe pas vraiment de «transition mobilitaire»⁸. Spielmann met en avant des systèmes hybrides – on parle-

⁶ Christoph Maria Merki, *Verkehrsgeschichte und Mobilität*, Stuttgart 2008, p. 76–87.

⁷ Voir François Jarrige, Alexis Vrignon (dir.), *Face à la puissance. Une histoire des énergies alternatives à l'âge industriel*, Paris 2020; Jean-Baptiste Fressoz, «La «transition énergétique», de l'utopie atomique au déni climatique: États-Unis, 1945–1980», *Revue d'histoire moderne & contemporaine* 69-2 (2), Paris 2022, p. 114–146; Pour la marche à pied, voir Cédric Ferial, *La ville piétonne. Une autre histoire urbaine du XX^e siècle?*, Paris 2022.

⁸ Louis Baldasseroni, Etienne Faugier et Claire Pelgrims, *Histoire des transports et des mobilités en France: XIX^e–XXI^e siècles*, Malakoff 2022, p. 7.

rait aujourd'hui de comodalité – que la motorisation a en quelque sorte bouleversés et biaisés à partir des années 1930. La thèse de Spielmann insiste sur l'importance de la marche jusqu'à aujourd'hui: en 2015, les habitant·e·s de la Suisse parcourent en moyenne une demi-heure à pied par jour, soit un tiers de leur temps «en route» (p. 177). Elle fait écho aux études démontrant la disproportion entre l'espace réservé à la circulation automobile et celui dévolu aux piétons, dont les déplacements sont pourtant majoritaires en ville.

Tiphaine Robert, Munich

Andreas Gross, *Landbote vs. NZZ. Die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Volksrechte zwischen den beiden Zeitungen in der demokratischen Zürcher Revolution von 1867–1869*, Saint-Ursanne: Éditions Le Doubs, 2022, 604 pages.

Étrange ouvrage, à certains égards, que celui proposé par l'ancien conseiller national socialiste zurichois Andreas Gross, désormais domicilié dans le canton du Jura! Plutôt qu'une nouvelle analyse de la pacifique révolution zurichoise de 1869, il s'agit avant tout d'une compilation d'articles issus des deux journaux rivaux qui, par leurs passes d'armes, ont porté le combat sur la nature idéale de la démocratie dans le plus peuplé des cantons suisses à la fin des 1860. Engagés dans un vif combat, les deux quotidiens représentent les deux visions du monde qui s'affrontent alors. D'une part, celle des libéraux-radicaux de la ville, derrière le puissant Alfred Escher et ferraillant sous la bannière de la NZZ. D'autre part, celle de l'aile gauche radicale des démocrates, ennemis jurés des partisans d'Escher et ralliés au *Landbote* de Winterthour, leur bouclier journalistique. Mais ce choix éditorial et la façon dont il est mis en scène font justement tout l'intérêt de l'ouvrage de Gross.

La genèse du mouvement démocrate, né dans le canton de Bâle-Campagne au début des années 1860, est assez bien connue depuis les travaux pionniers de Peter Gilg dans les années 1950. La révolution zurichoise a en outre fait l'objet d'une étude pointue de la part de Martin Schaffner, complétée par les travaux d'Albert Tanner, notamment centrés sur le Zurich de la seconde moitié du XIX^e siècle. Sur le plan de l'histoire constitutionnelle, les innovations fondamentales apportées par la Constitution de 1869 ont été finement analysées par Alfred Kölz. Quant aux rapports souvent difficiles à cerner entre le radicalisme des années 1840 et sa dissidence démocrate, nous avons essayé d'amener quelques éclaircissements dans nos travaux traitant de la période s'étendant entre 1848 et 1914. Enfin, la personne d'Escher, bien entendu au centre des batailles politiques de l'époque bien que déjà en retrait «officiel» de la politique cantonale, a pu bénéficier des nombreux travaux de Joseph Jung et de son équipe. D'autres acteurs majeurs du temps, comme Karl Bürkli étudié par Hans Uli Schiedt, ont aussi eu droit à leurs biographies.

En aucun cas interprétation nouvelle des événements qui agitent la vie politique zurichoise entre 1867 et 1869, ni synthèse de ce qu'ont publié les journaux sélectionnés, en quoi se distingue l'ouvrage d'Andreas Gross? L'auteur se focalise sur la question de l'émergence de la démocratie directe, un sujet qui le passionne depuis longtemps, et propose d'examiner la manière dont les deux journaux, devenus les épicentres des batailles à venir, ont appréhendé le problème. Il est ainsi possible de comprendre, *verbatim*, comment ils ont perçu l'évolution des débats politiques, comment les démocrates, hostiles aux «escheriens», ont su attirer les foules lors des quatre *Landsgemeinden* organisées par le canton, comment les gens de la NZZ ont assisté, marqués, à la montée en puissance de leurs adversaires, comment, enfin, les deux camps ont affûté leurs arguments.

L'ouvrage se révèle ainsi un très précieux recueil de sources. On sait que, pour le XIX^e siècle, la presse constitue un outil extrêmement précieux et nécessaire pour l'historien. Sa richesse, par l'assignation quasi systématique des titres à l'un ou l'autre de différents groupes politiques en présence, offre une base de travail exceptionnelle, de laquelle il est possible de tirer un nombre presque infini de fils menant vers une masse d'informations qui, une fois mises en lien, dessinent une vision large des phénomènes étudiés. Le volumineux livre de Gross laboure ce vaste champ journalistique et invite lectrices et lecteurs à aller directement vers les nœuds centraux des narratifs politiques que démocrates et libéraux-radicaux ont mis en place. Et la question de la démocratie directe se loge au cœur de ce combat titanesque, qui voit chuter le radicalisme d'Escher et triompher les amis de Bleuler, Scheuchzer ou Locher, le pamphlétaire à la manœuvre du *Landbote* depuis son fief industriel de la seconde ville du canton.

Sur le plan fédéral, on a trop longtemps omis que la victoire du référendum législatif facultatif en 1874 – qui organise le contrôle populaire sur les nombreux domaines que la nouvelle Constitution avait confiés à la Confédération – était surtout le fruit d'un compromis. Jusqu'à la fin des débats fédéraux, les défenseurs d'une démocratie exclusivement représentative, Alfred Escher et Emil Welti en tête, se sont battus avec acharnement contre une démocratie directe qu'ils jugeaient inapte à gouverner un pays moderne. Ils ont fini par abdiquer, pour ne pas mettre en danger le texte constitutionnel qui, selon leurs vœux, centralisait davantage la Suisse. Les démocrates, eux, avaient placé la démocratie directe comme condition *sine qua non* d'une révision constitutionnelle certes vouée à une plus grande centralisation, mais comme gage d'un interventionnisme accru de la Confédération, notamment dans les affaires scolaires. Les radicaux romands, artisans, avec l'appui des catholiques-conservateurs, du rejet d'un premier projet trop centralisateur en 1872, n'étaient pas contre une extension des droits populaires, à la condition qu'elle n'altère pas le fédéralisme. Ils n'eurent pas gain de cause.

Les articles du *Landbote* et de la NZZ nous montrent que les débats sur les bienfaits de la démocratie directe ou de son antithèse représentative, comme pour d'autres sujets, ont d'abord été entamés au niveau cantonal, où Zurich a joué un rôle majeur. La Constitution zurichoise de 1869 sera en effet la plus progressiste de Suisse, sur le plan démocratique mais aussi sur le plan fiscal, par exemple. Une preuve de plus du caractère de «laboratoire institutionnel» conféré aux cantons dans le cadre de la Suisse dite moderne, née en 1848. Agrémenté d'extraits des œuvres de Schaffner, Tanner ou Kölz pour mieux contextualiser les échanges journalistiques reproduits dans ses pages, mais aussi des portraits dessinés de nombreux acteurs de la vie politique zurichoise de l'époque, l'ouvrage d'Andreas Gross, avec ses articles de presse mis en miroir des uns des autres, brosse un portrait intense d'une période cruciale pour l'histoire zurichoise, mais aussi helvétique.

Olivier Meuwly, Lausanne

Jeronim Perović, *Rohstoffmacht Russland. Eine globale Energiegeschichte*, Köln: Böhlau, 2022, 264 Seiten, 3 Abbildungen.

Oft werden Infrastrukturen erst sichtbar, wenn sie nicht mehr richtig funktionieren. Das gilt auch für das weitverzweigte Netz an Gas- und Ölpipelines, das seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Europa in eine tiefe Abhängigkeit erst von der Sowjetunion, dann von der Russländischen Föderation gebracht hat. Im Angesicht ihres Angriffskrieges gegen die Ukraine stehen wir nun an einer Epochenschwelle nicht nur der internationalen Sicherheits-, sondern auch der Energieordnung: Bald könnte Russland als

«wichtigste[r] Rohstoffversorger Europas» (S. 12) abgelöst sein. So ist das vorliegende Buch besonders aktuell. Es zeichnet den, wie der Autor betont, in den meisten Überblicksdarstellungen vernachlässigten Aufstieg Russlands zu einer global hochvernetzten Energiegrossmacht nach. Dafür wird der zeitliche Bogen von den ersten Raffinerien im 19. Jahrhundert bis in die jüngere Gegenwart gespannt.

Eingangs umreist Perović drei zentrale Themenfelder: Ölförderung und Globalisierung, Öl und Geopolitik sowie das gesellschaftliche Idealbild eines «Kohlenwasserstoff-Mensch[en]» samt seinem Drang nach Mobilität und persönlicher Freiheit (S. 34). Im Kaukasus wurde der Energiesektor unter russischer Herrschaft dank dem Investment westlicher Firmen ab dem späten 19. Jahrhundert entwickelt. Russland stieg in direkter Konkurrenz mit den USA zu einer der führenden Erdölmächte auf. Dabei half ausländisches Engagement, so der Autor mit Verweis auf Manfred Hildermeier, «ein genuines russisches Unternehmertum herauszubilden» (S. 50). Trotzdem setzte man länger als andere Industriestaaten auf Kohle als Energieträger: Mitte der 1950er Jahre lag der Anteil von Erdöl und Erdgas am sowjetischen Energiemix mit 24 Prozent noch deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 40 Prozent. Hier spielte auch der Individualverkehr eine Rolle, setzte die Massenmotorisierung in der UdSSR doch erst Ende der 1960er Jahre zaghaft ein.

Bald nach der Oktoberrevolution versuchten die Bolschewiki durch Konzessionen an zuvor von ihnen enteignete westliche Firmen nicht nur die internationale Isolation zu überwinden, sondern auch dringend benötigte Expertise und Technik ins Land zu holen. 1923 gelang es unter der Ägide der Staatsorganisation *Neftesindikats* als Wahrer des Aussenhandelsmonopols wieder als Erdölexporteur aufzutreten. Sodann wurden im Ausland private Unternehmen wie die Russian Oil Products Ltd. gegründet und millionenschwere Kredite aufgenommen. «Dank einer aggressiven Tiefpreisstrategie» (S. 65) konnten sie ihre Marktanteile ausweiten. Bis zum Ende der 1920er Jahre holte die Sowjetunion zum Spitzenfeld auf: Erdöl und Erdölprodukte machten bis zu einem Fünftel des Gesamtwerts ihrer Exporte aus und generierten wichtige Deviseneinnahmen. Ideologische Vorbehalte spielten bei der Wahl der Handelspartner eine bestenfalls nachgeordnete Rolle; eine etwaige Abkopplung von der Weltwirtschaft sei auch unter Stalin keinesfalls im Interesse der Sowjetunion gewesen. Was aber aus *Neftesindikats* wurde und warum ab 1931 das der Staatsorganisation *Sojusneft* unterstellte *Sojusnefteexport* das Handelsmonopol innehatte, bleibt unerklärt.

Als die Erdölpreise Anfang der 1930er Jahre durch eine im Zuge der Weltwirtschaftskrise gefallene Nachfrage und die Erschliessung neuer Vorkommen etwa in Texas einbrachen, suchte die UdSSR ihre Verluste im Aussenhandel durch eine Steigerung der Weizenexporte aufzufangen. Perović deutet an, dass diese Handelspolitik die Hungerkatastrophe von 1932/33 mit ihren Millionen von Toten verschlimmerte. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges war der Kaukasus der wichtigste Ort für die sowjetische Ölförderung und -verarbeitung. Rund 90 Prozent der Industrie waren dort konzentriert, was ihn 1942 zu einem attraktiven Angriffsziel Hitlers machte. Sodann befahl Stalin, die lokale Infrastruktur zu demontieren und das Wolga-Ural-Gebiet zu erschliessen. Derweil war die Rote Armee auf Treibstoffimporte aus den USA im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes angewiesen.

Mit dem heraufziehenden Kalten Krieg baute die Sowjetunion ihre Handelsbeziehungen mit anderen sozialistischen Staaten aus. Besonders durch die 1964 vollendete Druschba-Pipeline wurde deren Bedarf an sowjetischem Öl geschürt. Zudem hatte

Chruschtschow den Ausbau der Konsumgüterproduktion forciert. Die Erschliessung der sibirischen Rohstoffvorkommen befeuerte diese Entwicklung. Seit Ende der 1950er Jahre versuchte *Sojusnefteexport*, «den europäischen Markt mit immer grösseren Mengen billigen Öls zu überschwemmen» (S. 98). In den folgenden Jahren liess sich eine immer engere energetische Verknüpfung von Ost und West über ein wachsendes Pipelinenetz beobachten, das ab 1973 auch die Bundesrepublik mit sowjetischem Gas versorgte und den «Weg in die Abhängigkeit» (S. 107) ebnete. Die UdSSR konkurrierte mit den sich in der Ölpreiskrise als unzuverlässig erwiesenen OPEC-Staaten. Das Modell eines «Gas-gegen-Röhren-Deals» prägte die Handelsbeziehungen: hochwertiger Stahl und Technik aus dem Westen wurden gegen sowjetische Rohstoffe geliefert. Im Zuge einer «Gasifizierung» (S. 144) der UdSSR entwickelte sich Erdgas zum wichtigsten Energieträger. Mit Blick auf das «sozialistische Lager» wirkte, so Perović, Energie als «Kitt», der allerdings während der Reformprozesse der späten 1980er Jahre brüchig wurde (S. 153).

Nach dem Zerfall der Sowjetunion gelangte in mehreren Privatisierungswellen ein Grossteil der staatlichen Erdölunternehmen unter Wert in die Hände der Oligarchen. Erst Putin brachte über seine Machtvertikale den Energiesektor weitgehend wieder unter staatliche Kontrolle. Eine Entkopplung vom Weltmarkt würde der Wirtschaft jedoch grossen Schaden zufügen: «Denn genauso wie das Russland der Zaren und die Sowjetunion der Generalsekretäre ist auch Putins Russland auf ausländisches Kapital, Wissen und den Zugang zum Weltmarkt angewiesen, um sein Rohstoffpotential ausschöpfen zu können» (S. 182). Putins vorgebliche «Energiewaffe» stellt gleichzeitig die «Achillesferse» seines Systems dar (S. 198).

Perović liefert mit seiner Darstellung eine gute Zusammenfassung des Forschungsstandes, wobei der Fokus nicht so global ist, wie der Titel suggeriert. Dem im Duktus akademischen Buch ist eine Rezeption über das Fachpublikum hinaus zu wünschen.

Timm Schönfelder, Leipzig

Patrick Pfenniger, **Sacro Egoismo! Heinrich Walther und das nationalsozialistische Deutschland**, Basel: Schwabe 2023, 330 Seiten.

Heinrich Walther war in den Jahren 1894–1938 Luzerner Regierungsrat, 1908–1943 Nationalrat, davon 1919–1940 als Präsident der katholisch-konservativen Fraktion, Mitglied zahlreicher Aufsichtsgremien, etwa der SBB, der ETH, der Schweizerischen Depeschenagentur, der Tageszeitung Vaterland, der Centralschweizerischen Kraftwerke etc. Im Nachgang zu der bereits 1976 erschienenen Studie von Peter Menz über Walthers Einfluss auf 14 Bundesratswahlen liegt jetzt eine weitere historische Arbeit über das Wirken dieses Grosspolitikers vor. Dem Autor geht es nicht darum, eine umfassende Biografie vorzulegen, obwohl er seinen Hauptkapiteln substanzielle Ausführungen zu Walthers frühen Jahren vorausschickt und die Studie mit aufschlussreichen Angaben auch zu den letzten Jahren ausklingen lässt. Im Zentrum des Interesses stehen Walthers Haltung zum Nationalsozialismus sowie seine Vorstellungen, wie sich die Schweiz angesichts der von NS-Deutschland ausgehenden Bedrohung zu verhalten habe. Zur Klärung dieser Fragen stehen vor allem Walthers rege Publizistik und einige Schriften seines privaten Nachlasses zur Verfügung. Walther hatte allerdings, wie er 1948/49 in erhalten gebliebener Korrespondenz freimütig erklärte, in einem «alljährlichen Aktenverbrennungsprozess», sein persönliches Archiv gesäubert und dabei «Interessantes, das aber besser nicht in fremde Hände kommt», vernichtet. (S. 27, 293) Dazu bemerkt Pfenniger kritisch, eine ewig

weisse Weste zu behalten, sei Walther wichtiger gewesen als schonungslose Aufklärung seitens der Nachwelt.

Walthers Stellungnahmen präsentieren sich als eine Mischung aus konstanten, «ideellen» Überzeugungen und «realpolitischen» Positionsbezügen, die auf sich verändernde weltpolitische Lagen reagierten. Es bleibt allerdings offen und hängt von der Einschätzung der nachträglichen Betrachtung ab, wie weit das angeblich Realpolitische doch auch von Grundeinstellung und Gesinnung bestimmt worden ist. Die prägenden Konstanten waren der tief verankerte Katholizismus (des ursprünglichen Protestanten), eine beträchtliche Dosis Germanophilie (des ursprünglichen Deutschen), der markante Antisozialismus (der unter Berufung auf das Landesstreikerlebnis in der SPS nur eine Variante des Kommunismus sah), sodann das Bestreben, mit einem soliden «Bürgerblock» den drohenden «Linksblock» zu vermeiden. Die wichtigste Variable ergab sich aus der Einschätzung dessen, was ihm zur Vermeidung eines sich zuspitzenden Konflikts mit NS-Deutschland nötig erschien. In der Ausgangslage von 1933 kommt Walther zu einer deutlich negativen Beurteilung des Nationalsozialismus sowie der schweizerischen Frontisten. Die Verfolgung der Katholiken in Deutschland bekümmert ihn. Später wird daraus die analoge Befürchtung (S. 98), womit die Katholiken der Schweiz zu rechnen hätten – darum 1936/37 auch, was bemerkenswert ist, die deutliche Ablehnung der frontistischen Freimaurer-Initiative. Noch im März 1940 sprach er sich dafür aus, Diktatur und totalitären Staat «mit aller Schärfe» abzulehnen (S. 142). Ein Jahr später jedoch, im März 1941, als mit einer dauerhaften NS-Vorherrschaft in Europa – je nach Einstellung – gerechnet werden konnte oder musste, zog er ausser der wirtschaftlichen auch eine ideelle Annäherung an das Dritte Reich in Betracht. Er propagierte die Integration der Schweiz in ein vom Dritten Reich beherrschtes Wirtschaftssystem und meinte, dabei die politische Selbstbestimmung wahren zu können (S. 173 f.). Dieser Positionsbezug erinnert an eine ähnliche, von «Ziehsohn» Philipp Etter schon im Oktober 1940 geäusserte Einschätzung.⁹

Pfenningers Ausführungen sind unter Berufung auf Marc Bloch (S. 23) auf Verständnis angelegt, was gewiss nicht mit durchgehender Zustimmung gleichgesetzt werden darf. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, in welchem Mass ein «Ausgleich» mit dem autoritären Nachbarstaat gewollte oder ungewollte Konsequenzen auch für die liberale Staatsordnung der Schweiz gehabt hätte. Eine nachträgliche Analyse hätte deutlicher zum Schluss kommen können, dass es eine Illusion war, mit dem Einschlagen eines «deutschen Wegs» die politische Unabhängigkeit zu wahren. Pfenningers Annahme, dass Walther eine Annäherung lediglich aus taktischen Gründen (S. 213) gesucht hätte, trägt nicht der Möglichkeit Rechnung, dass ein solcher Schritt zum Teil auch seiner politischen Grundhaltung entsprach. Walther wünschte zwar eine enge Schweiz, sprach sich aber entschieden gegen eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten aus, er forderte eine weitere Einschränkung der Pressefreiheit und hatte Vorbehalte gegenüber den «Weltschen» (S. 134, 223). Der aussenpolitische, sich rational gebende «Pragmatismus» Walthers hatte als nicht unwesentliche Voraussetzung die gegebene Germanophile, die innere Distanz zu den Westmächten und die dezidierte Befürwortung des antibolschewistischen «Schicksalskampfes».

Innovativ und aner kennenswert ist Pfenningers Versuch, gestützt auf die «Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv» des polnischen Wissenschaftssoziologen Ludwik Fleck (1935), zusätzliches Verständnis für Walthers Verhalten zu gewinnen. Die Auswertung

9 Vgl. Thomas Zaugg, Bundesrat Philipp Etter (1891–1977), Zürich 2020, S. 518 f.

dieses Ansatzes bleibt allerdings in den Anfängen stecken und könnte als Versuch missverstanden werden, die individuelle Verantwortung durch Hinweise auf Gruppenzugehörigkeit zu entlasten. Bei Pfenninger lesen wir: «Je *einflussreicher* Heinrich Walther wurde, desto stärker wirkten nicht-katholische *Einflüsse* auf ihn.» (Hervorhebung GK, S. 25). Flecks «Denkkollektiv» müssten wir in diesem Fall wohl im Plural denken, als Verbindung von rechtsnationalen Haltungen, die im katholischen Milieu kein Korrektiv hatten (S. 196). Im Verlauf der Lektüre erfahren wir, wen Pfenninger zum pauschal gefassten Denkkollektiv zählt: zum Beispiel den Militär Eugen Bircher, den Diplomat Hans Frölicher oder den Chefbeamten Heinrich Rothmund etc. Im Gegenzug zu der bis zu einem gewissen Grad einleuchtenden Zuordnung wäre, was allerdings von der biografischen Spur weggeführt hätte, in einem weiteren Schritt noch abzuklären, worin sich Angehörige von Kollektiven doch auch voneinander unterscheiden. Dies wäre innerhalb des katholisch-konservativen Milieus mit systematischen Vergleichen zwischen dem radikaleren Freiburger Lager und dem etwas gemässigten Innerschweizer Lager und innerhalb dieses zweiten Lagers zwischen Walther, Etter und etwa dem christlich-sozialen «Vaterland»-Redaktor und Nationalrat Karl Wick mit vertretbarem Aufwand machbar gewesen.

Wie im oben zitierten Satz angenommen wird, war Walther nicht nur beeinflussendes Subjekt, sondern auch beeinflusstes Objekt. Pfenninger nimmt den heute gängigen Begriff des «Influenzierens» auf (S. 219). Walther könnte mit seinem Einfluss vor allem bereits bestehende Haltungen bekräftigt haben. Die Grenzen seines Einflusses werden in eklatanter Weise sichtbar im erfolglosen Versuch vom November 1940, den freisinnigen Bundesrat Stampfli zu bewegen, eine Wirtschaftsgemeinschaft mit NS-Deutschland anzustreben (S. 178 f., 220 f.).

Pfenningers Arbeit vermittelt alles in allem eine gut nachvollziehbare und in den weiteren weltpolitischen Kontext eingebettete Darstellung von Walthers Positionsbezug, und sie stellt uns mit seinem Einbezug von Flecks theoretischem Konzept einen Ansatz zur Verfügung, den weiterzuverfolgen sich lohnt.

Georg Kreis, Basel

Marisa Fois, *Héritages coloniaux. Les Suisses d'Algérie*, Zurich: Seismo, 2021, 184 pages, 16 images, 3 tableaux.

Fondé sur des recherches menées dans le cadre d'un projet financé par le FNS¹⁰ et publié en *open access*, cet ouvrage contribue à revisiter l'histoire européenne de la (dé)colonisation à travers l'étude de la Cinquième Suisse et en mettant l'accent sur les migrations engendrées par ces phénomènes. Participant au rectificatif de l'image d'une Suisse sans passé colonial, Marisa Fois se penche sur l'implication des autorités fédérales et des Suisses¹¹ dans les processus coloniaux en Algérie, sous régime colonial français de 1930 à 1962.

Composé de cinq chapitres, cet ouvrage suit une trame chronologique. À l'imprégnation de la pensée impérialiste s'ajoute, au début du XX^e siècle, dans un contexte marqué par la montée des nationalismes, la constitution d'un imaginaire collectif positif autour de la population helvétique établie à l'étranger (chapitre 1). Dès le milieu du XIX^e siècle, une «colonie» suisse se développe en Algérie, dans le sillage des activités menées

¹⁰ Projet FNS dirigé par Sandro Cattacin et Stefanie Prezioso: «Suisse et décolonisation: le cas de l'Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'outre-mer (ASSAOM)».

¹¹ A dessein, seul le masculin est mentionné ici tant les femmes sont les grandes absentes de l'histoire qui est retracée dans cet ouvrage.

par la Compagnie genevoise des colonies suisses de Sétif. Dans sa stratégie de peuplement, le gouvernement français encourage les Suisses à s'installer en Algérie, si bien que cette destination devient, au milieu du XX^e siècle, le deuxième pays d'Afrique où la diaspora suisse est la plus nombreuse (chapitre 2). Marisa Fois rappelle ainsi qu'à côté des contributions et investissements économiques, la Suisse offre aussi des ressources humaines essentielles à la conquête coloniale. Avec la guerre de libération nationale qui démarre en novembre 1954, la présence des Européens est remise en cause. Malgré les recommandations de départ, un rapatriement officiel ne sera jamais mis sur pied par la Confédération (chapitre 3). La diplomatie menée par les autorités, les mesures de protection prises sur place et la constitution finalement d'un fonds de solidarité, en 1958, par la Nouvelle Société Helvétique ne suffisent pas à retenir les Suisses installés en Algérie. Ces derniers ne se sentent pas soutenus par leur pays d'origine qui mène une politique trop pro-algérienne à leur goût. «[P]erçus comme des colonisateurs» (p. 82), ils sont de plus en plus nombreux à quitter définitivement leur pays d'adoption. Marisa Fois montre ensuite très bien à quel point le fossé entre la Cinquième Suisse, pourtant objet de célébrations dès l'entre-deux-guerres, et la Suisse officielle se creuse après le retour (chapitre 4). L'épineuse question de l'indemnisation des biens nationalisés occupe, certes, passablement les autorités suisses, mais celles-ci ne souhaitent pas pour autant mettre en danger les relations bilatérales avec les nouvelles autorités algériennes. Les négociations menées avec la France échouent aussi. C'est dans un contexte totalement différent de celui de l'entre-deux-guerres, marqué par les initiatives xénophobes Schwarzenbach et dans lequel les expatriés de retour ne reçoivent pas l'accueil espéré, que l'Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'outre-mer (l'ASSAOM) est créée, le 28 janvier 1967, à Genève. Porte-parole des spoliés, ce «groupe de pression» (p. 130) cherche à obtenir, sans grand succès comme le montre Marisa Fois, le soutien de l'opinion publique, en plus des ressources pour réparer et indemniser les préjudices, ainsi que des mesures susceptibles de faciliter leur réintégration dans la société suisse. Le dernier chapitre, qui constitue la partie la plus inédite de l'ouvrage (chapitre 5), se concentre sur l'histoire de cette Association et, un peu plus largement, sur l'histoire des associations de rapatriés. En s'intéressant aux histoires personnelles de ces Suisses spoliés et à l'identité collective, ainsi qu'à la mémoire, qu'ils cherchent à reconstruire en commun, l'auteure apporte un éclairage nouveau sur l'histoire de la migration de retour des rapatriés helvétiques. À la marge de l'histoire officielle, cette réflexion constitue un apport original à l'histoire de la Cinquième Suisse et de ses relations avec les autorités. Cependant, plusieurs zones d'ombre persistent au sujet de l'histoire de cette diaspora et de cette Association. Marisa Fois donne quelques indications sur des dirigeants de l'ASSAOM, mais dit très peu de choses de ses membres. Qui sont-ils? Quelles étaient leurs activités en Algérie? Ont-ils recréé en Suisse des sociabilités qui existaient déjà en Algérie? Dans quelle mesure ont-ils participé aux violences coloniales? Quelles professions exercent-ils à leur retour? Quelle place les femmes occupent-elles dans cette Association? Est-on vraiment en présence d'un groupe avec une identité commune ou s'agit-il davantage d'une communauté imaginée? Quel est le poids de cette Association au regard d'autres structures associatives comme la Confédération européenne des spoliés d'outre-mer (CESOM) ou l'Organisation des Suisses de l'étranger? Le sort réservé aux Suisses d'Algérie est-il vraiment moins bon que celui réservé aux ressortissants d'autres colonies, comme les représentants de l'ASSAOM le déplorent? Marisa Fois tient à redonner «la parole» aux acteurs de l'époque, en les citant abondamment, mais elle thématise finalement assez peu la question des particularités propres à la diaspora helvétique.

que, comme son hétérogénéité culturelle et linguistique, ainsi que le caractère binational de près de la moitié des Suisses installés en Algérie. Même si l'appétit du lecteur n'est pas totalement comblé, Marisa Fois atteint son objectif en apportant une pierre significative au débat académique et public, très vivant ces dernières années, sur le rapport qu'entretient la Suisse à son passé colonial. Dans le prolongement de cette réflexion, elle a également participé à la publication, en 2022 chez Seismo, d'une bande dessinée tirée de ses recherches: «Au revoir Algérie».

Raphaëlle Ruppen Coutaz, Lausanne

Sébastien Farré, *L'affaire Henny. Le Comité international de la Croix-Rouge et les massacres de Paracuellos de Jarama (novembre-décembre 1936)*, Genève: Georg, 2022, 207 pages.

Que s'est-il exactement passé dans le ciel madrilène en ce 8 décembre 1936 vers 12 heures 30? En réalité, les faits bruts sont établis depuis longtemps. Un avion français est abattu par deux chasseurs russes au service de la République espagnole, qui vit des heures difficiles face à l'assaut des troupes rebelles commandées par le général Franco. Mais s'agit-il d'une fâcheuse méprise ou d'un attentat? Les rumeurs les plus fantaisistes circulent. Parmi les quelques passagers figurent, non seulement, un célèbre reporter plutôt favorable au camp républicain et qui ne survivra aux blessures reçues lors du raid, mais aussi le délégué de la Croix-Rouge Georges Henny. Ce dernier ayant documenté les crimes commis par le gouvernement espagnol légal et dont furent victimes plus de 2'000 prisonniers nationalistes, aurait-il fallu l'empêcher de parler?

La thèse d'un tir accidentel est certes privilégiée mais la question fait encore polémique en Espagne. Quoi qu'il en soit, le délégué basé à Madrid et blessé à la jambe dans l'aventure avait déjà fait parvenir ses rapports au siège de Genève, via la valise diplomatique. Malgré tout, cette affaire est révélatrice des difficultés éprouvées par le CICR, surtout lorsqu'il s'agit d'affronter une guerre civile. Coincée entre son devoir de neutralité, les intérêts de la Confédération et ceux des autres pays, l'organisation doit continuellement manœuvrer pour pouvoir offrir ses services, centrés sur le renseignement, sur le rassemblement d'informations quant aux personnes emprisonnées ou disparues et sur le soutien aux prisonniers. Car durant cette guerre, la Croix-Rouge est mal à l'aise. Neutre, elle est aux premières loges du massacre de Paracuellos mais entretient de nombreux contacts avec le gouvernement, alors que les délégués stationnés dans des villes en mains franquistes n'auront que rarement accès aux prisons placées sous leur juridiction. L'action du CICR n'aurait-elle pas été trop favorable aux futurs vainqueurs de la guerre?

À travers la personne de Georges Henny, Sébastien Farré analyse finement mais non sans sévérité l'action du CICR, qui ne dispose alors, il est vrai, que de moyens rudimentaires. Tandis que l'historiographie a eu tendance à magnifier le labeur du CICR sur la base du témoignage de Marcel Junod, délégué principal en Espagne mais installé en Pays basque français, l'auteur parle plutôt de l'échec de la mission de l'institution humanitaire, qui veut développer son action tout en s'attachant à protéger ses délégués, posture qui amène l'organisation à ciseler son narratif en vantant sa neutralité tout en manifestant une compréhension plus grande pour les exactions des nationalistes. En définitive, le CICR se verra critiqué par toutes les parties. Le destin mémoriel que l'organisation réserve à Georges Henny, médecin de formation, illustre cette position ambiguë.

Très engagé dans sa mission, mais aussi critique à l'égard du siège, Henny n'hésite pas à prendre des risques non négligeables pour aider, dans la mesure de ses moyens et

malgré les appels à la prudence de Genève, les prisonniers à qui il peut rendre visite. Ayant survécu à la malencontreuse attaque du 8 décembre et rapatrié en Suisse, Henny ne reviendra jamais en Espagne ni n'accomplira plus aucune mission pour le compte de la Croix-Rouge. Non seulement il quitte l'organisation pour ouvrir un cabinet au Grand-Lancy, qu'il occupera jusqu'à la fin de sa carrière professionnelle, mais il disparaît de la mémoire de l'institution, comme si le CICR souhaitait effacer cet épisode de son histoire. De fait, après une brève période d'émotion qui parcourt la presse romande, outrée qu'un délégué du CICR puisse se retrouver la cible d'une opération militaire, le calme revient très vite. Personne n'a intérêt à chercher querelle au gouvernement espagnol et aucune plainte ne lui sera adressée. La balle qui a frappé le médecin suisse a toutefois enfin déniché une place au Musée du CICR ...

Le livre de Sébastien Farré tombe dès lors à point nommé afin de nous remémorer les pièges qui guettent le CICR dans tous les pays et conflits dans lesquels il est engagé et combien le concept de neutralité est délicat à manier, même si c'est aussi grâce à lui que des organismes comme le CICR peuvent tenter d'apporter un peu d'humanité dans des conflits marqués par une violence extrême. Toujours sur le point d'être instrumentalisé par l'un des belligérants, dépendant du bon vouloir, rarement désintéressé des responsables politiques avec lesquels il s'agit de continuellement négocier, le CICR doit toujours prendre soin de ne pas se mêler des jeux diplomatiques qui le dépassent. Il avance sur le fil du rasoir, guidé par son dévouement à la seule action humanitaire en dépit des critiques qu'il récoltera, presque inévitablement serait-on tenté de dire, et sera toujours exposé au reproche de trahir sa neutralité.

En replaçant sous le feu des projecteurs la figure oubliée de Georges Henny, Sébastien Farré offre un regard original sur la guerre d'Espagne et sur la place qu'y occupa le CICR. Henny apparaît comme une métaphore de l'organisation qu'il a servie, peu de temps mais avec foi, en appliquant pour lui cette discrétion qui doit rester la marque de fabrique de la Croix-Rouge. Une discrétion dont Junod n'a pas su faire preuve à chaque instant, risquant de compromettre les maigres marges de manœuvre dont son organisation disposait. En outre, et dans un autre champ historiographique, l'auteur propose une nouvelle réflexion sur ces personnages dits «secondaires» de l'histoire: échappant souvent au radar de la «grande» histoire, ils n'en offrent pas moins, par les archives qu'ils ont laissées ou par le rôle (pour Henny) qu'ils ont joué, des portes d'entrée fascinantes sur l'étude du passé.

Olivier Meuwly, Lausanne

Christina Caprez, *Wann, wenn nicht jetzt. Das Frauenhaus in Zürich*, Zürich: Limmat Verlag 2022, 304 Seiten, 24 Abbildungen.

Kellerräumungen sollten nicht an Geburtstagen stattfinden. Oder vielleicht doch? Die Stiftung Frauenhaus Zürich musste wegen einer Totalsanierung Ordnung schaffen. Und weil sie gleichzeitig 40-jährig wurde, entstand daraus ein schönes Buch.

Beauftragt wurde Christina Caprez, gemeinsam mit Liliane Studer, Lektorin und Mitgründerin des Berner Frauenhauses und Susan A. Peter, die mit dem Zürcher Haus seit den 1980er Jahren eng verbunden ist. Die Arbeitsgruppe rund um die Autorin zu erwähnen, liegt nach der Lektüre nah. Denn das Buch erzählt davon, wie die kollektive Arbeitsweise und der solidarische Zusammenhalt den Geist des Frauenhauses seit den Anfängen prägen und es durch vier ereignis- und konfliktreiche Jahrzehnte hindurch

getragen haben. Und es macht spürbar, was die Arbeit und das Leben im Frauenhaus den vielen engagierten Frauen wie auch den Gewaltbetroffenen abverlangte und schenkte.

Der erste und umfangreichste Teil des Buches, «Geschichte», arbeitet das Werden des Zürcher Frauenhauses detailreich auf. Als das Thema «Gewalt an Frauen und Kindern» in den späten 1970er Jahren auf die Agenda der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) kam, nahm die Geschichte ihren Anfang. Dabei standen in der FBB die «Realos», die durch praktische Abhilfe wie Beratung und Schutzräume den Betroffenen beistehen wollten, den «Radikalen» gegenüber, denen dieses Vorgehen zu staatsnah war. Das Verhältnis zum Staat blieb über die Jahrzehnte eine spannungsgeladene Frage für jene Frauen, die den pragmatischen Weg wählten, einen Verein gründeten, zuerst eine Wohnung und später ein Haus auftrieten, um gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder unterzubringen. Das Projekt war auf staatliche Mittel angewiesen. Zudem brauchte es eine enge Zusammenarbeit mit den Behörden, um mit den gewaltbetroffenen Frauen tragende Lösungen für ihre Zukunft zu finden. Im Frauenhaus entstandenes Wissen führte so auch zu einer Sensibilisierung der Behörden im Umgang mit «Männergewalt», die später – aus gleichstellungspolitischen Gründen – in «häusliche Gewalt» umbenannt wurde.

In den Stiftungsrat holten die Frauen des Gründungsvereins einflussreiche Frauen aus allen politischen Lagern und schufen damit beste Voraussetzungen für die Lobbyarbeit wie auch für eine wachsende Präsenz der Thematik im öffentlichen Diskurs. Die breite politische Allianz forderte das gegenseitige Verständnis zwischen den an der Basis engagierten autonomen Feministinnen und den Stiftungsrätinnen in strategischen Fragen immer wieder heraus. Gemeinsam die von der Stadt Zürich zur Verfügung gestellte, dreckige Wohnung zu putzen, schweisste zusammen und die unterschiedlichen Positionen lösten sich vorübergehend im Putzessig auf.

Unterschiedliche Positionen und Realitäten – diese Thematik zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch und legt Konfliktlinien offen: Bezahlte Tagmitarbeiterinnen standen unbezahlten «Nachtfrauen» gegenüber, die unter ganz anderen Vorzeichen arbeiteten. Migrantinnen warfen den Schweizerinnen in den 1990er Jahren vor, für ihre eigenen rassistischen Vorurteile und Verhaltensweisen blind zu sein. Aber auch das Verhältnis zwischen Mitarbeiterinnen und Schutzsuchenden war nicht immer einfach und veränderte sich über die Jahre: Zu Beginn bestanden die Mitarbeiterinnen auf einem Zusammenleben wie in einer WG und einer Beziehung auf Augenhöhe zu den Betroffenen. In den 1980er Jahren brachten Sozialarbeiterinnen ein neues Verständnis von Gewaltbeziehungen mit und pochten auf professionelle Distanz.

Über die vierzig Jahre hat sich die Situation auf gesetzlicher Ebene für Gewaltbetroffene verbessert. Es ist gelungen, das Bewusstsein um die Existenz von Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Gesellschaft zu verankern, die Behörden sind sensibilisiert und Täter werden in Lernprogramme geschickt. Doch die Frauenhäuser sind weit davon entfernt, ihr Ziel der Überflüssigkeit zu erreichen. Zudem ist die Situation je nach Gemeinde und Kanton ganz unterschiedlich. Hier lässt das Buch leider oftmals offen, ob sich eine Aussage auf die gesamte Schweiz, auf den Kanton oder die Stadt Zürich bezieht.

Der zweite Teil, «Erfahrungen», ergänzt die bis hier erzählte «Geschichte» mit Erfahrungsberichten mehrerer Gewaltbetroffener: eines Polizisten, einer Opferanwältin, einer Staatsanwältin, und eines Sozialarbeiters für Gewaltprävention. So manches, was die Leserin nach dem ersten Teil des Buches für sich eingeordnet glaubte, gewinnt nun an Komplexität. Sei es in Berichten aus der juristischen Praxis, aus der Polizeiarbeit oder auch wenn ein Mitarbeiter der Gewaltprävention aus der Täterarbeit berichtet: Offenbar

hilft es den Männern, wenn sie vor einem Gewaltausbruch eine kühle Kosten-Nutzen-Bilanz machen und sich fragen: bringt es mich an mein Ziel, wenn ich zuschlage, oder kostet es mich am Ende mehr, als es mir nützt? Diese Seite zu sehen, fällt nicht leicht. Doch gewinnt die vorher kennengelernte Parteilichkeit des Frauenhauses damit auch an Gewicht, denn die Geborgenheit, die dieser Raum bietet, ist nur möglich, weil die Gewaltbetroffenen dort auf Mitarbeiterinnen treffen, die klar und konsequent für sie Partei ergreifen. Der dritte Teil, «Hintergrund», liest sich nach den «Erfahrungen» etwas schwer, weil er einen ganz anderen Ton anschlägt: Hier kommen Fachwissen und rechtliche Grundlage zur Sprache und runden den Jubiläumsband zum Handbuch ab.

Die Arbeitsgruppe rund um Cristina Caprez hat ein packendes und sorgfältig konzipiertes Buch erarbeitet. Zwei oft schwer vereinbare Bewegungen finden hier wie selbstverständlich zueinander: die feinsinnige Analyse historischen Materials verschränkt sich mit der Würdigung eines grossen Erfolgs der Frauenbewegung. Und hier drängt sich der Singular auf, weil sich in dem von Frauen für Frauen geschaffenen Raum die Generationen zwar ablösen, aber die Erzählung verbindet sie mit einem Faden, der in keinem Moment reissen will. Auch der Umgang mit den eingeflochtenen Quellenausschnitten oder Zitaten ist leicht und schnörkellos. Nur der Titel ist leider etwas wenig sprechend und austauschbar, weil dieses Zitat aus dem Talmud schon in so vielen Kontexten verwendet worden ist – von Primo Levi über John F. Kennedy bis zu Rio Reiser. Aber es ruft zum unerschrockenen Widerstand gegen etwas, was unbesiegbar scheint – und ist damit doch auch wieder passend.

Lina Gafner, Worblaufen

Fabian Zimmer, **Hydroelektrische Projektionen. Eine Emotionsgeschichte der Wasserkraft im Industriefilm**, Göttingen: Wallstein, 2022 (Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Neue Folge, Bd. 36), 422 Seiten, 78 Abbildungen.

Fabian Zimmer nimmt die Leser:innen seines Buches auf eine tiefgründige Erkundung der Emotionsgeschichte der Wasserkraft im Industriefilm mit. Die Grundlage bildet hierzu seine 2020 am Rachel Carson Center der Universität München eingereichte Dissertation. Um der Frage nachzugehen, wie Wasserkraftunternehmen in den von ihnen produzierten Industriefilmen über Narrative bestimmte Gefühle übermittelten und somit die öffentliche Wahrnehmung gegenüber ihren Grossbauprojekten beeinflussen wollten, führt er eine transnationale Vergleichsstudie durch. Anhand einer breiten Auswahl an Filmen der Électricité de France (EDF), der schwedischen Vattenfall sowie der Bayerischen Wasserkraftwerke AG (BAWAG) analysiert Zimmer deren Emotionsmanagement im Zeitalter der europäischen Hochmoderne nach 1945. Drei Leitfragen interessieren ihn dabei: Erstens geht es um den historischen Hintergrund der regen Filmproduktion der drei Unternehmen in den 1950er-Jahren. Weshalb zeigten sie sich damals dermassen produktiv? Zweitens erfolgt eine emotionshistorische Analyse der hydroelektrischen Projektionen zusammen mit einer Betrachtung der daran gebundenen Kommunikationsstrategien. Drittens reflektiert Zimmer die Erkenntnisse seiner Fallstudien vor einem breiteren historischen Kontext, indem er aus diesen die Funktion von Emotionen für Technikdiskurse der Moderne ermittelt.

Die erste Frage beantwortet Zimmer damit, dass die zunehmende Produktion von Wasserkraftfilmen aufgrund des rasanten Ausbaus der Hydroenergie in Zentral- und Nordeuropa erfolgte. Für den Wiederaufbau der späten 1940er-Jahre sowie den Übergang zur Konsumgesellschaft der 1950er-Jahre benötigten Frankreich, Bayern und Schweden

dringend Energie, die sie aufgrund knapper Kohlereserven aus den Quellen und Flüssen ihrer Bergregionen gewinnen wollten. Die durch den Marshallplan gesprochenen Kredite lieferten hierfür das erforderliche Finanzkapital. Allerdings stiessen die Ausbaupläne sowohl der EDF als auch der BAWAG und der Vattenfall auf zivilgesellschaftlichen Widerstand, weshalb sie ihre Hydroprojekte mit Filmen öffentlich rechtfertigen und bewerben wollten.

Für seine zweite Frage macht Zimmer im Satteljahrzent der 1950er-Jahre einen grundlegenden Wandel im Emotionsmanagement der Wasserkraftfilme aus. Zuvor erkennt er in der Kommunikationsstrategie aller drei Unternehmen das von der Geschichtswissenschaft schon länger herausgearbeitete «Standardnarrativ» der Wasserkraft, dessen «hydroelektrisches Versprechen» darin lag, öffentlich ein nationales Industrie- und Wirtschaftswachstum jenseits fossiler Energieträger anzukündigen. Staumauern und Laufwasserkraftwerke sollten eine saubere Alternative zu den rauchenden Schornsteinen der ersten Industrialisierung bieten, wovon Hydrauliker schon im späten 19. Jahrhundert geträumt hatten. Vor dem Hintergrund der Krisenerfahrung der beiden Weltkriege und der unsicheren Nachkriegszeit mit ihrem drohenden Energiemangel, entfalteten solche Erzählungen in den Industriefilmen eine neue Wirkmacht. Den Wandel dieses Narratives stellt Zimmer in Bayern und Schweden fest, wo Natur- und Heimatschützer gegen geplante Wasserkraftwerke und den Verlust der von ihnen ästhetisch geschätzten Landschaften vorgingen. Dagegen bemühten sich die BAWAG und die Vattenfall um ein Greenwashing *avant la lettre*, bei welchem sie ihre Stauseen als neue Naturschönheiten oder touristische Ausflugsziele anpriesen. Darüber hinaus brachte der Wasserkraftausbau schwerwiegende Folgen für die in den Einzugsgebieten lebenden Menschen mit sich, was besonders in Schweden Widerstand hervorrief. Vattenfall inszenierte sich hierzu zwar als eine umsichtige Infrastrukturplanerin, die angeblich auf gleicher Augenhöhe mit der Landbevölkerung agierte. Den Landraub am indigenen Volk der Sàmi blendete das Unternehmen hingegen konsequent aus.

Zum dritten Aspekt seiner Untersuchung zieht Zimmer aufgrund des naturschützerischen und zivilgesellschaftlichen Emotionsmanagements der Wasserkraftfilme den Schluss, dass die technokratische Hochmoderne in den 1950er-Jahren nicht überall mit einem unhinterfragten Technik- und Fortschrittsoptimismus einherging. Kritische und ambivalente Diskurse um die sozionaturalen Folgen von Grosstechnologien gehörten ebenso dazu, obschon sie die Stromunternehmen cineastisch in ein für sie vorteilhaftes Licht zu rücken versuchten. Allerdings stellt Zimmer schon allein für Frankreich fest, dass sich die EDF kaum um die von ihren Kraftwerksanlagen verursachten Schäden und Verluste kümmerte. Schweift der Blick weiter auf Italien, wo 1963 bei Vajont eine vermeidbare Flutkatastrophe eine ganze Talschaft auslöschte oder auf die Schweiz, wo bis 1968 trotz Referendum ein Stausee im Schweizerischen Nationalpark entstand, zeigt sich, dass soziale oder ökologische Bedenken gegen die Hydroenergie damals noch nirgends in den Alpen Mehrheiten mobilisierten. Auf einen solch umfangreichen alpinhistorischen Kontext geht Zimmer jedoch nicht ein, da sich dieser im Rahmen einer Dissertation wohl kaum abschliessend erfassen lässt. Studien beispielsweise zur Filmpropaganda der italienischen Hydroindustrie bieten daher ein vielversprechendes Anschlusspotenzial.

Zimmer legt in seinem Buch eindrucksvoll dar, wie Stromunternehmen in Frankreich, Schweden und Bayern versuchten, über Filme die ihnen genehmen Emotionen zu fördern und zu lenken. Gerade in demokratischen Diskursen um die öffentliche Akzeptanz gesellschaftsrelevanter Grosstechnologien erweisen sich Emotionen und deren

Management somit als zentral. Das Buch stützt sich auf einen innovativen Quellenkorpus sowie auf eine beeindruckend breite Basis an Forschungsliteratur aus der Technik-, Infrastruktur-, und Energiegeschichte, die Zimmer geschickt mit dem Feld der Emotionsgeschichte verknüpft. Ihm ist eine auch sprachlich hervorragend verfasste Forschungsleistung gelungen, dank derer die Wasserkrafthistorie der Moderne ein aufschlussreiches Kapitel dazugewonnen hat.

Sebastian De Pretto, Bern

Luigi Lorenzetti, Roberto Leggero (a cura di), **Montagne e territori ibridi tra urbanità e ruralità**, Mendrisio: Mendrisio Academy Press, 2022, 256 pagine.

Stiamo oggi assistendo alla manifestazione di un rinnovato interesse per la montagna alpina e per i territori a forte carattere rurale. Non sempre però le categorie tradizionali che usiamo per descrivere queste realtà sono in grado di restituirci un'immagine adeguata di queste nuove dinamiche. Fortunatamente, una significativa produzione scientifica cerca di leggerle e interpretarle, e il recente volume curato da Luigi Lorenzetti e Roberto Leggero, *Montagne e territori ibridi tra urbanità e ruralità*, ne è un esempio. Si tratta della raccolta dei contributi presentati nel corso di tre giornate di studio indette a Mendrisio dal *Laboratorio di storia delle Alpi* (LabisAlp) nel mese di ottobre del 2021. Con esse i promotori desideravano indagare i rapporti tra montagna e pianura, facendo capo alle categorie di «città» e «campagna», «urbano» e «rurale», «urbanità» e «ruralità», interrogandosi sulla loro pertinenza e sul loro valore euristico ma anche cercando di evidenziare la presenza di una particolare condizione «ibrida». Le analisi contenute nel volume (che provengono da orizzonti disciplinari diversi) riguardano condizioni contemporanee ma vengono pure analizzate situazioni del passato. Anche le aree di studio prese in considerazione sono diversificate: se alcuni autori fanno riferimento al mondo alpino in generale, alla Svizzera o alla montagna italiana, altri si concentrano su realtà specifiche come i comuni ticinesi, il Trentino-Alto Adige-Südtirol, le Alpi piemontesi, la montagna appenninica centro-meridionale.

Nelle riflessioni si ritrova l'idea di città alpina, un tema che, da qualche decennio, suscita un elevato interesse. A questo proposito la Convenzione delle Alpi fa riferimento a un contesto geografico nel quale si possono contare 240 centri urbani, il 40 % situati sul bordo esterno della catena. Nell'area troviamo sette grandi città e numerosi centri di taglia più contenuta. Con le loro funzioni, le città alpine hanno sempre avuto ragione di esistere. La modernità ne ha poi in parte minato le basi economiche e sociali, trasferendone le funzioni nelle città poste agli sbocchi delle valli per poi concentrarle nelle metropoli. Ora la montagna alpina rivendica il suo diritto ad essere anch'essa «città», anche se in modo diverso: le città alpine sono veri e propri presidi territoriali in cui si ibrida «urbanità» e «alpinità» e, per il ruolo che svolgono a livello locale e per la loro connessione con le reti globali, devono essere considerate come *local-global players* (Corrado, p. 185).

Un evento così importante come una pandemia non può non aver generato un impatto sulle relazioni tra pianura e montagna. Il momento legato a Covid-19, oltre ad aver prodotto nuove dinamiche, ha permesso di portare nuovi sguardi sul territorio e sulla società. Come molti degli autori hanno fatto osservare, abbiamo assistito all'accelerazione dei processi, oltretutto sostenuti dall'impiego delle nuove tecnologie di comunicazione. Accompagnati da una buona dose di retorica sul ritorno alla campagna, i luoghi a bassa densità sono diventati attrattivi (Zanon, p. 193). Come è spesso successo nella storia, i discorsi ostili al mondo urbano (sovraffollamento, mancanza di spazi aperti, l'idea di città

malsana, vulnerabile e luogo privilegiato per la diffusione dei virus) emergono con maggiore forza nei periodi di crisi economica e politica e, in Svizzera, la categoria di *ville-mal aimée* ha acquisito una nuova forza (Salomon-Cavin, p. 119).

Ora nella montagna alpina vivono nuovi residenti temporanei, multilocali e neo-montanari che hanno fatto la scelta delle Alpi. Le seconde case sono diventate abitazioni semi-residenziali e sono stati edificati nuovi *resort-town*. Ma nella regione alpina si incontrano contemporaneamente aree in crisi, luoghi che stanno perdendo le loro funzioni economiche, dove le dismissioni industriali hanno generato *brownfields*, testimonianze di una più o meno recente prosperità (Migliorati, p. 222). Se, da un lato, osserviamo una utilizzazione intensiva di alcune aree più favorevoli (in molti casi legata allo sviluppo turistico), d'altro canto assistiamo al declino delle forme di utilizzazione tradizionali e al relativo abbandono di vaste aree. Le politiche regionali hanno le loro responsabilità. Con la svolta neo-liberista degli anni '90 dello scorso secolo è stato abbandonato l'ideale dello sviluppo egualitario che incitava le regioni di montagna a farsi imprenditrici, a cercare la loro nicchia di mercato specializzato (come cibo di qualità, gastronomia vista come esperienza, offerta di *wellness*) e diventare competitive (Perlik, p. 68). A causa delle condizioni di partenza sfavorevoli e per l'efficienza dei moderni sistemi di trasporto che permettono la penetrazione dei prodotti del piano, l'agricoltura di montagna si trova comunque in una posizione di debolezza. Assistiamo a una progressiva diminuzione della produzione destinata al consumo locale e, nel contempo, allo sviluppo di aree specializzate in produzioni agroalimentari destinate al mercato esterno e ai turisti. Conseguentemente all'attribuzione di valori simbolici al cibo dagli abitanti delle metropoli extralpine, sono stati introdotti appositi marchi che attestano l'origine geografica dei prodotti attraverso i quali il rapporto tra produzione e territorio viene codificato e promosso (Pettenati, p. 237).

In questi ultimi anni alcuni paradigmi, in particolare quello della centralità urbana contrapposta alla marginalità rurale, sono stati fortemente messi in discussione (Zanon, p. 195). È ancora utile una lettura fondata sulla coppia urbano-rurale in cui la prima domina la seconda, e dove il territorio rurale (come, d'altra parte, anche quello urbano) è protagonista di una profonda trasformazione? Il nuovo territorio «metromontano» è un territorio al plurale, che tiene insieme un'eterogeneità di aspetti e si riconfigura come un sistema all'interno del quale si possono instaurare scambi virtuosi. Ma, se una corrente maggioritaria tende a negarne la pertinenza, alcuni continuano a considerare la coppia urbano-rurale un efficace quadro di analisi per pensare i fenomeni socio-spaziali. Per convincersi della persistenza di questa logica basta guardare la geografia dei risultati di alcune votazioni avvenute nella Confederazione come l'iniziativa Weber del 2012 o la recente legge sulla caccia del 2020 (Salomon-Cavin, p. 117). In questi territori sono numerose le situazioni poco definite, indecise o intermedie che richiamano una sorta di «terzo stato del territorio» e che, a volte, vengono rappresentate attraverso i concetti di «periurbano» e di «rurbano». In conclusione, possiamo affermare che oggi è necessario dotarsi di nuove rappresentazioni. Per una convergenza di interessi e per l'esistenza di vantaggi reciproci nell'interscambio, occorre anche pensare ad un modello di territorio unitario gestito nell'interesse comune attraverso una forma di «interterritorialità», vale a dire l'idea che esista una dimensione della vita che si colloca entro livelli diversi con forme di alleanza «a geometria variabile» in funzione dei temi considerati (Corrado, p. 189). La pubblicazione non mette a disposizione risposte definitive ma l'idea che esista un «territorio ibrido» unisce molti degli articoli che compongono il libro. In ultima analisi, il volume propone

una nuova lettura degli spazi e degli insediamenti della montagna contemporanea nelle sue relazioni con la pianura e pone le basi per l'allestimento di una nuova problematica.

Claudio Ferrata, Lugano